



Wortprotokoll der 13. Sitzung

Ausschuss für Sport und Ehrenamt

Berlin, den 3. Dezember 2025, 15:30 Uhr
10557 Berlin
Paul-Löbe-Haus
4 300

Vorsitz: Aydan Özoğuz, MdB

Tagesordnung

Vor Eintritt in die Tagesordnung **Seite 5**

Tagesordnungspunkt 1 **Seite 5**

Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Vierter Engagementbericht
Zugangschancen zum freiwilligen Engagement
und
Stellungnahme der Bundesregierung**

BT-Drucksache 20/14120

Federführend:

Ausschuss für Sport und Ehrenamt

Mitberatend:

Ausschuss für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und
Jugend

Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und
Kommunen

Tagesordnungspunkt 2 **Seite 20**

Sechster Freiwilligensurvey

Selbstbefassung SB 21(5)12



Tagesordnungspunkt 3

Seite 32

a) Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Steueränderungsgesetzes 2025

BT-Drucksache 21/1974

Federführend:

Finanzausschuss

Mitberatend:

Ausschuss für Sport und Ehrenamt

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Verkehrsausschuss

Ausschuss für Tourismus

Haushaltsausschuss (mb und § 96 GO)

b) Unterrichtung durch die Bundesregierung

Entwurf eines Steueränderungsgesetzes 2025

– 21/1974 –

**Stellungnahme des Bundesrates und
Gegenäußerung der Bundesregierung**

BT-Drucksache 21/2470

Federführend:

Finanzausschuss

Mitberatend:

Ausschuss für Sport und Ehrenamt

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Verkehrsausschuss

Ausschuss für Tourismus

Haushaltsausschuss

Tagesordnungspunkt 4

Seite 35

Verschiedenes

**Mitglieder des Ausschusses**

Fraktion	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Auernhammer, Artur Güntzler, Fritz Lehmann, Jens Mayer, Stephan Stier, Dieter	Gutting, Olav Linnemann, Dr. Carsten Müller, Florian Steiniger, Johannes Stetten, Christian Frhr. von
AfD	König, Jörn Korell, Thomas Schieske, Lars	Bleck, Andreas Naujok, Edgar Treuheit, Bastian
SPD	Coße, Jürgen Lugk, Bettina Özoğuz, Aydan	Abdi, Sanae Bettermann, Daniel Eichwede, Sonja
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Nick, Dr. Ophelia Winklmann, Tina	Limburg, Helge Müller, Sascha
Die Linke	Görke, Christian	Eißing, Mandy



Sachverständigenliste

zur Sitzung des Ausschusses für Sport und Ehrenamt
am Mittwoch, 3. Dezember 2025

TOP 1 Vierter Engagementbericht der Bundesregierung

Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE)

Katarina Peranić, Vorständin

Jan Holze, Vorstand

Univ.-Prof. Dr. Chantal Munsch

Vorsitzende der Sachverständigenkommission für den Bericht,
Professorin für Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Sozialpädagogik an der
Universität Siegen

Prof. Dr. Wibke Riekmann

Hochschule Hannover, Professur im Bereich Gemeinwesenarbeit und Community
Organizing; Schwerpunkt Partizipation Kinder und Jugendliche

Prof. Dr. Sabrina Zajak

Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM e.V.)
Mitglied der Sachverständigenkommission

TOP 2 Sechster Freiwilligensurvey

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Dr. Lilian Schwalb, Geschäftsführerin

Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE)

Katarina Peranić, Vorständin

Jan Holze, Vorstand

Ingo Leven

Senior Director und u. a. Leiter des Forschungsbereichs „Familie, Bildung,
Bürgergesellschaft“ bei Verian



Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die **Vorsitzende**: Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen starten. Ich bitte alle, die teilnehmen wollen, hereinzukommen und sich zu setzen und alle anderen zu gehen. Ich eröffne hiermit die 13. Sitzung des Ausschusses für Sport und Ehrenamt. Ich begrüße Sie alle sehr herzlich. Diese Sitzung ist öffentlich und sitzungsbegleitend stehen uns, fast schon wie gewohnt, aus dem Bundeskanzleramt die Abteilungsleiterin Sport und Ehrenamt, Frau Dr. Babette Kibele und Herr Stefan Klinge zur Verfügung. Ein herzliches Willkommen. Dann begrüße ich noch die Ressort- und Ländervertreter. Das BMF wollte ich eigentlich später begrüßen bei TOP 3, der dann noch kommt. Aber Ihnen auch schon einmal ein herzliches Willkommen und vor allen Dingen auch allen, die sich möglicherweise zugeschaltet haben. Die Staatsministerin, Frau Dr. Christiane Schenderlein, hat sich entschuldigt, weil sie heute parallel im Plenum sein muss. Aber wir sind sehr froh, dass Frau Dr. Kibele hier ist. Ich habe schon gesagt, dies ist eine öffentliche Sitzung. Sie wird auch vom Parlamentsfernsehen wie gewohnt live übertragen und kann ab morgen auch in der Mediathek gesehen werden. Wenn alle so weit sind, das scheint fast der Fall zu sein, rufe ich jetzt den Tagesordnungspunkt 1 auf.

Tagesordnungspunkt 1

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Vierter Engagementbericht Zugangschancen zum freiwilligen Engagement und Stellungnahme der Bundesregierung

BT-Drucksache 20/14120

Die **Vorsitzende**: In Tagesordnungspunkt 1 widmen wir uns dem Vierten Engagementbericht und der Stellungnahme der Bundesregierung dazu. Das ist die Bundestagsdrucksache 20/14120. Der Vierte Engagementbericht der Bundesregierung ist Fragen nach Zugangschancen zum Freiwilligenengagement nachgegangen, hat herausgearbeitet, warum freiwilliges Engagement in sozialen Gruppen unterschiedlich stark ausgeprägt ist und welche Schwellen und Hindernisse es gibt, wenn man sich engagieren möchte. Die zehn Mitglieder der Sachverständigenkommission haben hierzu viele Gespräche geführt,

ationale und internationale Forschungsliteratur gesichtet und eigene empirische Studien durchgeführt. Ich freue mich sehr, dass uns diese Erkenntnisse heute vorgestellt werden. Bevor ich Sie begrüße, möchte ich gern noch einmal hinzufügen, wir haben im Grunde die Woche des Engagements. Morgen ist auch der Tag des Ehrenamtes und deshalb haben wir uns auch in diesem Ausschuss heute quasi ausschließlich diesem Thema gewidmet, indem wir jetzt den Engagementbericht debattieren und im Anschluss dann auch den Freiwilligen-survey. Wir wollen hier ein deutliches Zeichen setzen, dass das eben nicht nur ein Anhängsel in diesem Ausschuss ist, wie einige manchmal meinen, sondern uns eben auch wirklich sehr wichtig ist. Jetzt darf ich drei Mitglieder der Kommission ganz herzlich begrüßen. Das ist einmal Frau Professor Dr. Chantal Munsch, Vorsitzende der Sachverständigenkommission für den Bericht, Professorin für Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Sozialpädagogik an der Universität Siegen. Frau Professor Dr. Wibke Riekmann, Professorin im Bereich Gemeinwesenarbeit und Community Organizing, Schwerpunkt Partizipation, Kinder und Jugendliche und Frau Professor Dr. Sabrina Zajak, Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung. Außerdem begrüße ich von der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt die beiden Vorstände Katharina Peranić und Jan Holze, die uns sicher auch darüber Auskunft geben werden, wie und mit welchen Handlungsempfehlungen der Wissenstransfer in die Praxis gelingen kann. Die uns zugesandten Stellungnahmen wurden bereits als Ausschussdrucksache an alle verteilt. Deshalb würde ich jetzt sagen, bevor wir zu unseren Gästen kommen, bitte ich zunächst einmal das Bundeskanzleramt um eine kurze Einführung und das macht jetzt Frau Dr. Kibele.

Dr. Babette Kibele (BKAm): Sehr geehrte Frau Vorsitzende, vielen Dank, meine Damen und Herren, ich will mich auch kurzfassen, weil ich glaube, dass die geladenen Sachverständigen inhaltlich das viel besser darstellen können. Es ist tatsächlich der Engagementbericht aus der letzten Legislaturperiode. Wir sind sehr dankbar, dass wir den heute noch einmal hier im Ausschuss diskutieren können mit dem Thema Zugangschancen zum Freiwilligenengagement. Vor knapp einem Jahr war er im Bundeskabinett. Auch von meiner Chefin herzlichen Dank für Ihre Arbeit und herzliche



Grüße, Plenum geht vor. Der Bericht ist ein Jahr alt, wurde viel diskutiert. Viele Stakeholder wurden einbezogen, unter anderem die Deutsche Stiftung für Ehrenamt und Engagement hat eine Diskussionsreihe dazu aufgesetzt. Da werden die Kollegen sicherlich auch gleich noch ein bisschen dazu berichten. Wir haben auch schon einige Sachen aufgenommen, die DBB-Geschäftsstellenförderung, ich habe Frau Dr. Schwalb hier irgendwo schon gesehen vorhin. Die Besonderheit, die wir sehr begrüßt haben, des Berichts ist, dass er aus der Perspektive der Engagierten geschrieben wurde. Und das große Thema, was wir auch gestern, wo wir gemeinsam auf dem [Deutschen] EngagementTag [2025] waren, ist tatsächlich, Zugangshürden abzubauen. Der Bericht hat 13 Schwellen identifiziert und auch Antworten gegeben, wie man diese 13 Schwellen abbauen kann und den Menschen, die sich freiwillig engagieren wollen, eben diesen Zugang noch erleichtern kann. Das ist, glaube ich, etwas, wo wir alle gefragt sind. Wir als Bundesregierung, als Politik, aber auch die Organisationen selbst, wie man es eben möglichst niedrigschwellig machen kann, damit wir viele gewinnen können, sich weiter zu engagieren. Der Freiwilligensurvey hat auch gar nicht so schlechte Zahlen, sodass wir mit diesem Pfund, was wir in Deutschland haben an freiwilligem Engagement, weiter gut wuchern können und idealerweise Schwellen abbauen wollen. Das ist auch unser großes Ziel. An dieser Stelle noch einmal ein herzliches Dankeschön an all die, die sich engagieren, weil wir alle wissen, ohne die ginge es nicht. Wir wollen gar nicht beziffern, was wir da an finanziellen Hürden auch sonst vor uns hätten. Als Bundesregierung darf ich das sagen. Vielleicht so viel dazu. Alles Weitere von den Sachverständigen. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, Frau Dr. Kibele. Ich glaube, diesem Dank schließt sich ohnehin der gesamte Ausschuss an, denn wir wissen alle, dass unsere Gesellschaft so nicht funktionieren würde. Ohne all das Engagement und Ehrenamt, das doch sehr viele Bereiche tatsächlich ausmacht. Wir kommen nun zu den Eingangsstatements der Sachverständigen. Da haben wir pro Institution fünf Minuten vorgesehen. Frau Professor Munsch und Frau Professor Riekmann haben uns informiert, dass sie ihre Statements zusammen halten wollen. Sie haben dann gemeinsam zehn Minuten. Frau Professor Zajak steht für Nachfragen zur Verfügung. Vielleicht nur noch der Hinweis: Bitte behalten Sie

das Zeitfenster im Auge. Das wird oben eingeblendet, sodass Sie dann auch ungefähr in der Zeit bleiben. Jetzt haben Sie aber das Wort. Bitte schön.

Univ.-Prof. Dr. Chantal Munsch (Vorsitzende Sachverständigenkommission): Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, ich möchte mich sehr herzlich bei Ihnen bedanken, dass wir heute hier zum Vierten Engagementbericht – Zugangschancen zum Freiwilligenengagement sprechen dürfen. Es war uns eine ganz besondere Ehre, an diesem Bericht mitzuwirken, denn dieser Bericht berührt eine grundlegende Frage unserer Zeit. Er lobt nicht nur, wie wichtig Engagement für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie ist. Nein, dieser Bericht zeigt auch, wie fragil, wie gefährdet dieser Zusammenhalt ist. Der Vierte Engagementbericht zeigt, dass ein wesentlicher Teil unserer Gesellschaft eben nicht erlebt, im freiwilligen Engagement mitgestalten zu können. Dieser Bericht legt also den Finger in eine Wunde, die sozusagen das Herzstück unserer Demokratie berührt. Lassen Sie mich das mit ein paar Zahlen verdeutlichen. Unsere Sekundärauswertung der Zahlen des Freiwilligensurveys 2019 zeigt einen überaus deutlichen Unterschied in der Beteiligung im Engagement. Menschen mit niedrigem Einkommen sind nur halb so oft im freiwilligen Engagement vertreten wie Menschen mit einem hohen Einkommen. Und diesen großen Unterschied finden wir auch beim Bildungsabschluss, bei Arbeitslosigkeit und bei der Staatsbürgerschaft. Und diese großen Unterschiede finden wir in allen Engagementfeldern. Sie betreffen das Engagement zum Beispiel im Sport, in der Religion, in Freizeit und Kultur. Und ganz besonders deutlich sind die Unterschiede, wenn es um das Engagement in Vorständen geht, also da, wo Entscheidungen getroffen werden. Überaus deutlich sind die Unterschiede auch, wenn wir schauen, wer abgelehnt wird, wenn er oder sie sich engagieren will. Menschen mit einem niedrigen Einkommen werden mehr als dreimal so oft im Engagement abgelehnt als solche mit einem hohen Einkommen. Nun könnte man fragen, wieso ist das relevant? Wieso müssen wir heute darüber reden? Wir müssen darüber reden, weil es im Engagement um Mitgestaltung geht. Überlegen Sie, wie viele Lebensbereiche im Engagement konkret mitgestaltet werden. Da geht es um das Vereinsheim im Sport. Es geht um Elternarbeit in Kita und Schule. Es geht um Religionsunterricht, um die Gestaltung



von Festen, um Traditionspflege und Begegnungsorten. Und wenn nun an dieser Mitgestaltung von ganz konkreten, relevanten Lebensbereichen, wenn hier Menschen mit hohem Einkommen, Menschen mit hohem Schulabschluss und mit deutscher Staatsangehörigkeit so überproportional häufiger beteiligt sind, dann stellt das eine Bedrohung für unsere Demokratie dar. Wir haben für unseren Engagementbericht mit sehr vielen Engagierten aus marginalisierten Gruppen gesprochen und da wurde sehr deutlich, Ihre Unterrepräsentanz im Engagement führt zu einer deutlichen gesellschaftlichen Unzufriedenheit. Sie führt zu dem deutlichen Gefühl, aus der Demokratie ausgeschlossen zu sein. Wie kommt es nun zu diesen ungleichen Zugängen? Um es vorwegzunehmen, es liegt nicht an fehlender Motivation. Es liegt vielmehr an ungleichen Zugangschancen oder, wie wir es im Bericht nennen, an Schwellen. Mit Schwellen meinen wir jene strukturellen, meist unsichtbaren informellen Hürden ins Engagement. Hürden, die sehr klein, aber sehr wirkungsvoll sind. Engagement ist einerseits einer der offensten Bereiche der Gesellschaft und dennoch, das zeigt der Bericht deutlich, gibt es bezüglich der Zugangschancen Verbesserungspotenzial. Hier können kleine Veränderungen relevante Effekte erzielen. Der Bericht hat 13 Schwellen identifiziert. Es geht um finanzielle Ressourcen. Die Fahrt zum Engagement, der Kaffee danach – das kostet Geld. Es geht um zeitliche Flexibilität. Menschen, die andere pflegen oder Schicht arbeiten, sind weniger flexibel. Es geht um Vorurteile und Ansprache. Arme Menschen oder Menschen mit Migrationshintergrund werden seltener als Engagierte angesprochen. Engagierte sind auch zunehmend von Gewalt betroffen. Es fehlen Räume, die zugänglich und bezahlbar sind. Marginalisierte Engagierte haben den Eindruck, dass im Engagement keine Menschen sind, die so sind wie sie. Sie haben das Gefühl, nicht mitsprechen zu können. Bürokratie ist eine Hürde. Finanzierung ist für kleine, neue Organisationen ein Problem. Informelles Engagement wird oft nicht wahrgenommen und wenig anerkannt. Und letztlich sind wir es so gewohnt, Engagement immerzu zu loben, dass es richtig schwierig ist, diese ganzen Schwellen überhaupt zu sehen und zu thematisieren.

Prof. Dr. Wibke Riekmann (Sachverständigenkommission): Was kann Politik tun? Engagement entsteht nicht im luftleeren Raum. Es braucht

Bedingungen, die Teilnahme und Teilhabe ermöglichen. Und genau hier entscheidet sich, wie stabil und offen denn nun unsere Demokratie ist. Armutsbekämpfung ist Demokratieförderung. Wenn Menschen genug Geld haben, können sie sich im Sportverein besser engagieren und fühlen sich dadurch zugehörig. Auch Bildungsförderung ist Demokratieförderung. Eine Bildungspolitik, die dazu beiträgt, dass die Bildungsunterschiede kleiner werden, führt dazu, dass sich mehr Menschen engagieren können. Und wir wissen auch, Menschen, die wenig Zugang zu Engagement haben, fühlen sich weniger zugehörig und weniger gehört. Das schwächt uns als demokratische Gesellschaft. Und deswegen müssen die bestehenden Programme wie „Demokratie leben“, aber auch die Programme „Zusammenhalt durch Teilhabe“ und „Integration durch Sport“ erhalten und ausgebaut werden. Aber es geht nicht nur ums Geld. Es geht auch darum, dass Sie als Abgeordnete deutlich machen, wie wichtig diese Form von diversem Engagement ist. Wenn Sie über Engagement sprechen, wenn Sie vor Ort sind in den Vereinen, betonen Sie, wie wichtig es ist, dass unterschiedliche Menschen hier mitgestalten dürfen. Betonen Sie, wie wichtig ein Vereinsleben ist, in dem Menschen nicht nur irgendwie dabei sind, sondern auch mitbestimmen dürfen, und in dem unterschiedliche Menschen wichtige Aufgaben übernehmen und auch den Verein repräsentieren. Wir haben mit der Sachverständigenkommission verschiedene Handlungsempfehlungen entwickelt. Wir konzentrieren uns jetzt von den 13 erarbeiteten Schwellen auf vier Punkte. Erstens: Expertise zu Schwellen fördern, Organisationen als lernende Organisationen begreifen. Engagementorganisationen stehen vor der Aufgabe, ihre eigenen Zugangshürden zu erkennen und auszubauen. Wir müssen Organisationen befähigen, sich als lernende Organisation zu verstehen. Prozesse zur Weiterentwicklung von Leit- oder Selbstbildern sowie anstehende Generationenwechsel bieten hier wichtige Chancen für Veränderungen. Auch Ombudsstellen und Beschwerdestrukturen können wesentlich zur Selbstbeobachtung und auch zur Weiterentwicklung beitragen. Das gelingt nicht ohne Unterstützung. Es braucht langfristige Förderung für diese Form von Organisationsentwicklung, Raum für Reflexion und professionelle Begleitung. Man kann auch die Expertise zu Schwellen fördern und systematisch stärken. Dieses Wissen liegt bei den Menschen



selbst, die ausgeschlossen sind oder Diskriminierung erfahren haben, also bei weniger privilegierten Gruppen. Diese Expertise kann sichtbar gemacht, vernetzt und honoriert werden. Darüber hinaus brauchen wir Anlaufstellen, etwa bei der Deutschen Stiftung für Engagement im Ehrenamt, die Organisationen beraten, qualifizieren und bei der Entwicklung von Standards unterstützen. Zweiter Punkt: Neue Organisationen stärken und Kooperationen fördern. Sogenannte neue Organisationen, in denen sich weniger privilegierte Gruppen selbst organisieren, spielen eine zentrale Rolle für die weitere Entwicklung unserer Zivilgesellschaft. Sie sind Orte des Empowerments, Räume, in denen Menschen Erfahrungen teilen können, die in etablierten Organisationen oft nicht gesehen oder nicht verstanden werden. Diese Organisationen entstehen häufig als direkte Reaktion auf die Schwellen oder Barrieren, die wir benannt haben, in traditionellen Strukturen. Diese Organisationen brauchen klare politische Anerkennung und politische und strukturelle Förderung. Zugleich müssen wir diese Kooperation zwischen etablierten und neuen Organisationen fördern, denn davon profitieren letztlich beide Seiten. Etablierte Vereine lernen, Schwellen abzubauen, und neue Organisationen erhalten Wege in bestehende Netzwerke. Das geht in der Regel nur mit zusätzlichen Mitteln, denn sonst erzeugen wir Konkurrenz unter den bestehenden Organisationen. Dritter Punkt: Räume schaffen und Kommunen stärken. Engagement braucht Orte des Austauschs. Konkrete Räume, die niedrigschwellig, barrierefrei und bezahlbar sind. Wir empfehlen deshalb, bestehende öffentliche Räume leichter zugänglich zu machen, neue Begegnungsorte zu schaffen und auch nicht-öffentliche Räume vor steigenden Kosten zu schützen, wenn sie für Engagement geöffnet sind. Barrierefreiheit darf hier kein Zusatz sein, sondern eine Grundvoraussetzung. Vierter Punkt: Kinder- und Jugendarbeit stärken. Wir wissen, engagierte Bürgerinnen und Bürger wachsen nicht von allein heran. Engagement entsteht dort, wo junge Menschen frühzeitig echte Mitgestaltung erleben. Deshalb müssen wir Partizipationserfahrungen in der Kinder- und Jugendarbeit gezielt stärken. Die Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit, die Jugendverbände, Jugendringe und Jugendbildungsstätten müssen so ausgebaut und finanziell unterstützt werden, dass Kinder und Jugendliche aus allen

Stadtteilen und Regionen einen verlässlichen Zugang erhalten. Deswegen braucht es auch hier eine langfristige Infrastrukturförderung statt kurzfristiger Projektlogik auch gerade im ländlichen Raum. Zum Abschluss: Eine demokratische Gesellschaft entsteht nicht von selbst. Sie braucht Organisationen die lernen, offene Räume, Förderlogiken, die Vielfalt stärken und Jugendstrukturen, die Beteiligung von Anfang an erfahrbar machen. Wenn wir Schwellen abbauen und diejenigen stärken, die bisher zu wenig gehört werden, schaffen wir eine Zivilgesellschaft, die wirklich alle einschließt, und damit eine widerstandsfähige, lebendige Demokratie. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Das war jetzt sehr genau auf den Punkt. Vielen Dank und Sie haben im Grunde den Ball auch schon herübergespielt. Sie wurden auch schon direkt genannt, Frau Peranić, Herr Holze, Sie haben gemeinsam fünf Minuten und die gebe ich Ihnen hiermit. Bitte schön.

Katarina Peranić (DSEE): Herzlichen Dank. Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Abgeordnete, liebe Kolleginnen, wir als Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt begrüßen den Vierten Engagementbericht ausdrücklich, denn Teilhabe und der Zugang zu Teilhabe sind für uns das demokratische Fundament unseres Gemeinwesens. Engagement und Ehrenamt ermöglichen Menschen, ihre Gesellschaft aktiv mitzugestalten. Aber wir müssen auch feststellen, der Zugang zu Engagement ist ungleich verteilt und diese Ungleichheiten nehmen zu. Eine von uns beauftragte Studie, die die Daten des Freiwilligen surveys 2019 und des Sozioökonomischen Panels untersucht hat, zeigt, dass zwischen 2001 und 2019 sich die sozialen Unterschiede unter Engagierten deutlich verstärkt haben. Das ist kein Randphänomen, sondern eine große Herausforderung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, denn Engagement darf nicht zum Privileg werden. Genau deshalb ist das Wissen über Ungleichheiten so wichtig und deshalb ist dieser Engagementbericht so bedeutsam. Die DSEE ist gesetzlich verpflichtet, Engagement bundesweit zu stärken, besonders in ländlichen und strukturschwachen Regionen. Für uns ist die Teilhabe also kein Sonderprogramm, sondern ein Leitprinzip, das alle Förderentscheidungen prägt. Wir unterstützen Forschung in diesen Bereichen, wir evaluieren und monitoren aber auch unser Handeln, passen unsere Angebote an und richten die



Arbeit konsequent darauf aus, Gruppen zu erreichen, die im Engagement nicht so stark repräsentiert sind. Der Bericht benennt 13 Schwellen, von denen wir schon viel gehört haben, und wir möchten Ihnen heute vier Empfehlungen mit auf den Weg geben, wie wir diese Schwellen abmildern können. Erstens: Nachhaltige und flexible Finanzierung zivilgesellschaftlicher Strukturen sichern. Zivilgesellschaftliche Organisationen brauchen verlässliche Ressourcen, um Ungleichheit zu reduzieren, neue Zielgruppen zu erreichen und eigene Strukturen weiterzuentwickeln. Aus unserer Praxis wissen wir und wir sehen es, dass unsere Programme es zeigen. Es entstehen viele Projekte von Engagierten, die Barrieren abbauen, neue Engagementräume schaffen oder erfolgreiche Ideen für benachteiligte Gruppen in die Fläche bringen wollen. Mit Programmen wie „action!“, „Initiativ!“ oder unserer Mikroförderung erreichen wir besonders viele Organisationen in Ostdeutschland, die rein ehrenamtlich arbeiten, und in anderen strukturschwachen Räumen. Dort, wo kleine Beiträge große Wirkung entfalten. Doch diese Wirkung entsteht nur, wenn Fördermittel vorhanden sind und vor allem niederschwellig beantragbar sind. Ohne verlässliche Finanzierung bleibt Engagementförderung ein Stückwerk. Zweitens: Kompetenzaufbau und Digitalisierung bundesweit verankern. Viele kleinere Organisationen, vor allem die ohne Verbandsstrukturen, kämpfen mit denselben Herausforderungen: Digitalisierung, Nachwuchsgewinnung, barrierearme Angebote schaffen. Doch ihnen fehlt oft die Zeit, Personal und Know-how. Wir als DSEE haben ein Lernportal aufgesetzt, bauen unsere Netzwerkangebote aus und bieten auch Austauschformate an. Kompetenzaufbau wirkt, aber er braucht Struktur und Verlässlichkeit. Deswegen wollen wir auch unseren Beitrag dazu leisten, Schwellen abzubauen, und möchten dieses bundesweit zugängliche Programm dauerhaft etablieren, um digitale und organisatorische Kompetenzen bei Engagierten zu fördern. Auch das haben wir in unser neues Arbeitsprogramm mit aufgenommen mit Beratung, modularer Weiterbildung, niederschweligen Mitteln und systematisch angebunden an bestehende Angebote. Gleichzeitig braucht es aber auch starke Netzwerke und Austauschstrukturen, regionale Treffen, Partnerschaften zwischen neuen und etablierten Organisationen, Sensibilisierungsangebote zu Diversität. Engagement entsteht im Miteinander, nicht im

Alleingang. Drittens: Vielfalt und inklusive Führungsstrukturen im Ehrenamt stärken. Engagement lebt von Vielfalt, aber Leitungsebenen spiegeln diese Vielfalt noch nicht wieder. Programme, die die DSEE anbietet, zeigen, wie man Menschen, die bisher selten in Leitungspositionen aktiv sind, gezielt stärken kann und auch ermutigen kann, diese Wege zu gehen. Das sind Menschen mit einer Migrationsgeschichte, aus ländlichen Räumen, ohne akademischen Abschluss, aber auch Frauen. Teilhabe ist gelebte Demokratie. Damit sie Realität wird, braucht es politische Unterstützung, klare Förderstrukturen und gezielte Qualifizierungswege. Und letztens, was wir uns zusätzlich wünschen würden: Kontinuität im Engagement-Wissen. Der Vierte Engagementbericht liefert wertvolle Erkenntnisse. Aber wie seine Vorgänger bleibt er isoliert. Die Verzahnung mit früheren Berichten ist gering und Kommunikationsformate sind nicht in dem Maße gestaltet worden im Nachgang, wie wir es gebraucht hätten, um das Wissen in die Fläche zu bringen. Das heißt, wir würden uns wünschen, dass es eine dauerhafte Geschäftsstelle für den Engagementbericht gibt, wie es in anderen Politikfeldern – Altenbericht, Gleichstellungsbericht – längst Standard ist. So können wir Wissen sichern, Berichte miteinander verbinden und Ergebnisse wirksam in Politik und Praxis tragen. Liebe Abgeordnete, Engagement ist eine der stärksten Kräfte unserer Demokratie. Aber diese Kraft entsteht nicht von selbst. Sie braucht politische Priorität und Rahmenbedingungen, die Teilhabe für alle ermöglichen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf den Austausch.

Die **Vorsitzende**: Ganz wunderbar. Hervorragende Referenten und Referentinnen heute, die sich alle sehr an die Zeit halten. Wir kommen jetzt sofort in die Frage-Antwort-Runde mit den Fraktionen und wir haben da unterschiedliche Zeitkontingente. Wichtig ist nur für Sie zu wissen, Frage und Antwort ist innerhalb dieses jeweiligen Zeitkontingents. Also manchmal werden ganz viele Fragen gestellt, manchmal einzelne. Dann geht das hin und her. Wir beginnen gleich bei der Union und da hat Abg. Artur Auernhammer das Wort.

Abg. **Artur Auernhammer** (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich habe das auch so gelernt, dass man sich meldet und dann das Wort erteilt wird. Das habe ich auch im Ehrenamt



gelernt, und zwar in der Landjugend. Da bin ich schon gleich beim Thema. Man muss sich einmal vorstellen, was unsere Gesellschaft ohne ehrenamtliches Engagement wäre, wie unsere Gesellschaft unterwegs wäre, wahrscheinlich nur noch in den sozialen Netzwerken, nicht mehr zugänglich für das Miteinander in unserer Gesellschaft. Und das funktioniert eben im Ehrenamt, im Engagement. Und für mich ist es auch wichtig, diese Ehrenamtlichen, die draußen unterwegs sind und sehr viele sind, engagiert unterwegs, ohne irgendwelche Anerkennung finanzieller Art, was auch immer die machen, einfach nur, weil es sich so gehört. Das ist bei mir auf dem Dorf genauso wie vielleicht in der Großstadt. Für uns ist klar, als Jugendlicher auf dem Dorf bist du irgendwann in der Landjugend, dann kommst du in den Fußballverein, in den Skiklub und Schützenverein und dann bist du voll dabei. Aber aktuell mache ich mir selbst im ländlichen Raum Sorgen, ob dieses Engagement noch so ausgeprägt ist. Deshalb meine erste Nachfrage an Sie alle: Können Sie unterscheiden, gibt es einen Ansatz im ländlichen Raum? Ist da noch mehr Engagement als im Ballungsraum, wie zum Beispiel in Berlin-Neukölln oder bei mir auf dem Dorf? Was gibt es für Unterschiede? Und müssen wir hier unterschiedlich an das Thema herangehen? Vielleicht, wenn Sie alle dazu Stellung nehmen könnten. Danke schön.

Die **Vorsitzende**: Wer mag beginnen? Bitte schön.

Katarina Peranić (DSEE): Vielen Dank für die Frage. Ja, es gibt Unterschiede zwischen ländlichen Räumen und urbanen Räumen, was die Engagementquote angeht. Und es gibt sogar Unterschiede in den ländlichen Räumen. Wir sehen, dass in strukturschwachen ländlichen Räumen die Engagementquoten niedriger sind als in strukturstarken ländlichen Regionen. Und der ländliche Raum ist engagierter als der städtische Raum. Das sehen wir auch. Also von daher passt eigentlich der Engagementbericht auch ganz gut dazu, um genau zu schauen, was ist denn da eigentlich los in den strukturschwachen Räumen? Und da bestätigt sich sicher auch das, was die Expertinnen und Experten hier vorgetragen haben, dass Einkommen eine große Rolle spielt und wirtschaftliche, sozioökonomische Daten, dass die sich direkt auf die Engagementquoten auswirken.

Univ.-Prof. Dr. Chantal Munsch (Vorsitzende Sachverständigenkommission): Ich würde gern

anschießen zu einem wichtigen Punkt, den Sie gesagt haben, dieses Selbstverständnis. Man macht einfach und das ist selbstverständlich. Ich glaube, ganz wichtig, so bin ich auch aufgewachsen. Aber vielleicht verbindet uns da ein gewisses Milieu. Diese Selbstverständlichkeit, dass man einfach machen kann, ist für viele Menschen gar nicht so selbstverständlich. Und das merke ich, wenn ich so in unterschiedlichen Zusammenhängen erzähle, was ich mache. Und dann sagen Menschen das war vielleicht was für dich, aber für mich wollte man das nicht haben. Und das ist etwas, was ganz schwer zu sehen ist. Das ist diese Fachkompetenz, die wir brauchen, dass Dinge, die für einen total selbstverständlich sind, dass man nicht einmal darüber nachdenkt, dass die das für andere eben nicht sind.

Prof. Dr. Wibke Riekmann (Sachverständigenkommission): Kurze Ergänzung noch auf Kinder und Jugendliche bezogen. Gerade im ländlichen Raum und gerade in peripheren ländlichen Regionen, wie es gerade schon angesprochen wurde, ist es ganz wichtig, dass die Zugänge über Mobilität aufrechterhalten werden. Das heißt, dass die Jugendlichen zu ihrem Sportverein usw. hinkommen können. Da ist eben gerade solche Infrastruktur wie öffentlicher Nahverkehr wirklich wichtig, wenn wir nicht auf die Elterntaxi angewiesen sein wollen.

Abg. **Artur Auernhammer** (CDU/CSU): Das wäre auch eine Nachfrage von mir gewesen, die Mobilität, zum Verein zu kommen. Ja, das geht auf einen Kilometer, auf zwei Kilometer mit dem Fahrrad oder mit dem Mofa. Aber irgendwann, wenn es weiter weg ist, ist das dann auch ein Strukturthema im ländlichen Raum. Und wenn in den Dörfern im dünn besiedelten Raum die Gaststätte zumacht, ja die Kirche nicht mehr vorhanden ist, weil keine Pfarrstellen mehr besetzt werden. Das spielt alles eine Rolle. Jetzt bin ich nicht der Überzeugung, dass wir sagen, wir brauchen hier mehr Linienbusse, wenn ich in der Landjugendgruppe bin und es dauert abends etwas länger. Auch wenn ich schon 18 bin, dann will ich abends um 22:00 Uhr oder 23:00 Uhr nach Hause. Da kommt keiner mehr. Und wenn ich hier in der Stadt bin, dann fahre ich halt zwei Stationen mit der U-Bahn. Und das, finde ich, ist eine Herausforderung, gerade im ländlichen Raum. Können Sie das bestätigen?

Prof. Dr. Wibke Riekmann (Sachverständigen-



kommission): Ich kann das aus Untersuchungen zu Jugendlichen bestätigen, dass das der Fall ist und dass es deswegen auch besonders wichtig ist, in den kommunalen Räumen diese Engagementstrukturen wirklich zu sichern, denn Jugendliche würden jetzt keine 20 oder 30 Kilometer in der Regel zurücklegen, sondern es geht darum, den Sportverein, die Landjugendgruppe und die Feuerwehrjugend vor Ort in den Gemeinden und Kreisen direkt zu unterstützen.

Abg. **Artur Auernhammer** (CDU/CSU): Noch eine Nachfrage. Ich habe auch die Erfahrung gemacht. Ich komme aus dem ländlichen Raum, bei mir spielt das mehr die Rolle, wenn du ein Dorf hast, wo ein starker Schützenverein ist, dann sind alle beim Schützenverein. Wenn du ein Dorf hast, wo kein Verein ist, aber die Feuerwehr, sind alle bei der Feuerwehr. Da merkt man dann auch, dass hier eine gewisse Lenkung ist. Das Angebot ist entscheidend, auch für das Engagement.

Prof. Dr. Wibke Riekman (Sachverständigenkommission): Auf jeden Fall. Ich finde jetzt gerade Ihre Aussage interessant. Es sind dann alle im Schützenverein oder alle in der Feuerwehrjugend. Wir beobachten das gerade, um noch einmal auf Frau Munsch zu sprechen zu kommen, dass dann Zugänge, wenn das zum Beispiel ein Neubaugebiet ist, das hatte ich in einer Forschung einmal, dann ist es nicht so selbstverständlich, dass sie dann auch im Schützenverein sind. Darauf wollte ich nur noch einmal eingehen. Deshalb ist für Kinder und Jugendliche die Vielfalt des Angebots, die Möglichkeit auszuweichen, weil wir auch unterschiedliche Milieus haben, durchaus wichtig. Es ist nicht auf einen singulären Verein im ländlichen Raum konzentriert.

Univ.-Prof. Dr. Chantal Munsch (Vorsitzende Sachverständigenkommission): Das würde ich ergänzen, das haben wir im Bericht, weil das für uns ein wichtiges Erkenntnisinstrument ist, zu unterscheiden zwischen den etablierten Organisationen und den neuen, kleineren Organisationen, dieser Zugang in die etablierten. Nun bin ich keine Dorfexpertin, aber meine Familie kommt aus dem Dorf. Da sind halt immer die gleichen Familien, die dann im Vorstand sind, das heißt, die etablierten Vereine, da sind die Strukturen gesetzt. In den neuen und kleinen Organisationen kann ich auch rein, wenn ich weiß, in die etablierten komme ich nicht. Gleichwohl wollen alle, das war in den

Anhörungen ganz klar, dorthin, wo man mitbestimmen kann. Niemand will in der kleinen Nische bleiben. Aber die Nische ist erst einmal wichtig und deswegen auch die Förderung von Vielfalt und nicht nur die Förderung des einen Vereins. Menschen wollen erst einmal einen Ort, wo ich überhaupt sein kann und das sind eben diese kleinen, neueren, wo man vielleicht anders spricht, wo man nicht aus den zentralen Familien sein muss.

Jan Holze (DSEE): Ich würde in den Raum stellen, dass Dorf nicht gleich Dorf ist. Es gibt Dörfer, die durchaus vielfältiges kulturelles Leben und engagiertes Leben haben, wo es nicht nur den Schützenverein oder nicht nur die Feuerwehr gibt, sondern eine Vielzahl an kulturellen und Engagementangeboten. Und es gibt Dörfer, wo nichts vor Ort vorhanden ist – aber natürlich auch die Orte, wo es dann letztlich nur noch einen Sportverein, die Feuerwehr oder vielleicht auch Kirche gibt, die als letzte Anlaufpunkte dienen. Wir versuchen, dem entgegenzuwirken durch ein Programm „Engagiertes Land“, wo es darum geht, genau diese Akteure vor Ort zu stärken, insbesondere dort, wo kein engagiertes Leben ist. Wir sind da auch in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement und dem Thünen-Institut, um die Expertise gemeinsam zu bündeln, und stellen dabei fest, dass es durchaus eine Herausforderung ist, wenn es darum geht, aus dem eigenen Silo herauszukommen. Dass da durchaus auch im Dorf eine gewisse, ich will jetzt nicht Engstirnigkeit sagen, aber habe es dann doch gesagt, vorhanden ist. Und wir wollen das durch das Programm aufbrechen, um die Zusammenarbeit zu stärken. Das wird eine der wesentlichen Herausforderungen sein, gerade in kleinen ländlichen Regionen für mehr Zusammenarbeit zu sorgen. Dass die Feuerwehr mit dem Sportverein und der Kirche, dem Handwerksmeister und vielleicht auch noch mit dem kommunalen Bürgermeister, wem auch immer, zusammenarbeitet. Darin sehen wir eine wesentliche Herausforderung. Und da braucht es durchaus Know-how und Expertise, wie man das tut. Das ist, wenn man es sich genau betrachtet, nicht ganz einfach und trivial. Und dafür soll das Programm „Engagiertes Land“ dienen. Bislang sind wir bei 93 Netzwerken, aber der Andrang ist sehr groß. Insofern kann ich nur anregen, solche Programme zu unterstützen, damit mehr in ländlichen Regionen getan werden kann, insbesondere dort, wo kein engagiertes Leben ist.



Die **Vorsitzende**: Ganz herzlichen Dank. Dann geht das Fragerecht jetzt an die AfD-Fraktion. Herr König, bitte.

Abg. **Jörn König** (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Erst einmal möchten wir uns dem Dank an alle Ehrenamtler und auch an die Sachverständigen anschließen. Es ist wirklich so, wir hätten ein anderes Land, wenn die ganzen Ehrenamtlichen ihre Arbeit nicht tun würden. Und an Sie Sachverständige ganz besonders Danke für die herausragende Disziplin mit den fünf Minuten. Ich möchte erst einmal feststellen und muss Ihnen ganz offen sagen, Sie haben immer die Ungleichheit beklagt. Ich finde, Ungleichheit ist besser als die Gleichheit, die ich persönlich noch in der DDR erlebt habe. Denn Ungleichheit ist auch Antrieb und macht eine Gesellschaft dynamisch. Eine gleiche Gesellschaft ist auch gleichförmig und eben nicht vielfältig. Das sollte man beachten bei allen Bemühungen, die in Richtung Gleichheit führen. Dann haben Sie formuliert, das Ehrenamt ist der offenste Bereich der Gesellschaft, haben aber gleichzeitig gesagt, es gebe 13 Zugangsschwellen. Ich muss Ihnen ganz offen sagen, bei bestimmten Zugangsschwellen können wir da nicht so richtig mitgehen. Sie haben sogar gesagt, bestimmte Leute würden von der Demokratie ausgeschlossen. Das liegt in der Natur der Sache, denn Wahlrecht für Landes- und Bundesebene haben nur deutsche Staatsbürger und für die Kommunen eben deutsche Staatsbürger und EU-Bürger. Die Abhilfe wäre an dieser Stelle nur Wahlrecht für alle mit Wohnsitz in Deutschland. Streben Sie das an? Das Zweite: Die größte Schwelle, die Sie identifiziert haben, sei die Steuer- und Abgabenlast, seien die finanziellen Ressourcen. Was halten Sie von dem Vorschlag, gerade für Gering- und Mittelverdiener die Steuer- und Abgabenlast zu senken, um den Leuten die Freiheit zu geben, eben genau auch ins Ehrenamt zu gehen?

Die **Vorsitzende**: Wer mag antworten?

Prof. Dr. Sabrina Zajak (Sachverständigenkommission): Zunächst einmal, Zugänge ausweiten ist nicht unmittelbar damit verbunden, Differenzen zwischen Menschen abzubauen, sondern alle Gruppen einzubeziehen. Und warum ist das so besonders relevant im Engagement? Das ist kein Kuchen, der verteilt wird, sondern je weiter ich das Engagement ausweitere, desto mehr schöpfe ich das Potenzial ab. Das muss das Ziel einer jeglichen Engagementstrategie sein. Denn so stärke ich den

Zusammenhalt. Ich schaffe mehr Integration, ich schaffe mehr Ressourcen, auch für die Entlastung des Staates und der Wohlfahrt. Die Ausweitung von Zugängen schafft viele positive Effekte, unabhängig davon, ob es weitere Ungleichheiten gibt. Das ist dafür gar nicht relevant. Die Zugänge abzubauen für die Leute, die unterschiedlich sind.

Univ.-Prof. Dr. Chantal Munsch (Vorsitzende Sachverständigenkommission): Zur Frage der Demokratie: Was das Engagement ist, ist eine gelebte Demokratie, eine praktische Demokratie. Und genau um diese Vielfalt der unterschiedlichen Positionen, um die geht es uns unbedingt. Um die zu stärken, ist es notwendig, dass in dieser praktischen Gestaltung von Elternsprecher in Kitas, von Festen, von Sportvereinen, dass dort unterschiedliche Menschen die Möglichkeit haben, und zwar unabhängig von Staatsbürgerschaft, aber auch unabhängig von Einkommen, dort mitzugestalten.

Abg. **Lars Schieske** (AfD): Danke. Zunächst möchte ich festhalten, dass dieser Engagementbericht doch zentrale Probleme sehr treffend beschreibt: Bürokratielast, fehlende Räume und Infrastruktur, finanzielle Belastungen für Ehrenamtliche, unsichtbares Engagement, Gewalt und Bedrohung sind doch eine tatsächlich realistische Bestandsaufnahme. Aber trotzdem bringen uns Schwachstellen, Auslassungen und einseitigen Betonungen des Berichts dazu, hier noch die Fragen zu stellen, auf welcher empirischen Grundlage erklärt der Bericht nahezu jede geringere Engagementquote mit Diskriminierung? Es ist öfter in Ihrem Bericht zu lesen, obwohl Ihre eigenen Daten zeigen, dass Zeitmangel, finanzielle Belastungen und fehlende Infrastruktur weit stärkere Gründe darstellen. Warum diese Gewichtung?

Univ.-Prof. Dr. Chantal Munsch (Vorsitzende Sachverständigenkommission): Ich glaube, der wichtigste Punkt sind hier vielfältige Studien, die wir international wie national haben. Das ist sehr gut belegt, dass Menschen unterschiedlich angesprochen werden. Das heißt, Menschen mit wenig Einkommen, Menschen mit niedrigen Schulabschlüssen, Menschen mit oder ohne deutsche Staatsbürgerschaft oder in anderen Ländern ohne die jeweilige Staatsbürgerschaft werden sehr, sehr viel weniger angesprochen als Engagierte. Und zwar nicht, weil sie die Ressourcen nicht haben. Also da kommen Leute in den Raum, weil man denkt, es ist die Paketbotin und



nicht das ist die neue Engagierte. Und damit, das ist sehr wichtig, verschenken Vereine und andere Organisationen wertvolles Potenzial. Da sind Menschen, die wirklich etwas können, die beitragen können, unterschiedliche Aufgaben übernehmen können, die einfach als solche nicht gesehen werden. Also suchen Sie einmal eine Kassensprüferin. Das ist nicht immer so einfach. Das ist ein undankbarer Job, aber es gibt sehr viele Menschen, die sehr gut rechnen können, wo man vielleicht nicht draufkommen könnte.

Abg. Lars Schieske (AfD): Erkennt die Bundesregierung an, dass auch Mandatsträger und Engagierte der AfD signifikant von politisch motivierter Gewalt betroffen sind? Da war unter anderem auch Schutz vor Gewalt im Bericht. Wie werden AfD-Vertreter konkret in Schutzkonzepten und Gefährdungsanalysen einbezogen? Wir hatten jetzt den Vorfall in Gießen. Da würde ich gern eine Antwort haben.

Die **Vorsitzende:** Frau Dr. Kibele.

Dr. Babette Kibele (BKAm): Ich kann für die Bundesregierung sagen, dass wir grundsätzlich alles dafür tun, dass jegliche, ob es kommunale Vertreter, ob es Landtagsabgeordnete, ob Bundestagsabgeordnete oder Engagierte in Vereinen sind, vor Gewalt geschützt werden. Da machen wir keinen Unterschied. Gewalt darf es nicht geben. Nicht gegen das Ehrenamt und gegen keinen anderen sonst.

Die **Vorsitzende:** Die zwölf Sekunden. Noch einen Satz? Bitte schön.

Abg. Lars Schieske (AfD): Im Bericht steht auch [etwas] über die weltanschauliche Neutralität. Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass politische Bildung weltanschaulich neutral gestaltet wird?

Dr. Babette Kibele (BKAm): Ich bin mir ganz sicher, dass unsere Hauptinstitution, die Bundeszentrale für Politische Bildung, da genau darauf achtet.

Die **Vorsitzende:** Vielen Dank. Dann darf ich für die SPD-Fraktion die Fragen stellen und würde noch einmal tatsächlich bei diesen Zugängen ansetzen wollen. Ich bin nun im Gegensatz zu Artur Auernhammer ein Großstadtkind, in Hamburg geboren und groß geworden und kann mir schon vorstellen, dass das Ehrenamt und Engagement tatsächlich im ländlichen Raum noch einmal eine

andere Bedeutung haben. Gleichwohl hat mich sehr begeistert im Bericht, dass gerade junge Leute, über die man so wenig spricht – es ist so ein bisschen das Bild Ältere engagieren sich und junge Leute eigentlich weniger – dass das nicht so ist, sondern dass da wirklich eine erstaunlich hohe Zahl von jungen Leuten wirklich engagiert ist. Oft hat auch der Sport damit zu tun. Das passt natürlich auch gerade in diesen Ausschuss. Sind denn da, würden Sie sagen oder kann man das irgendwie messen, in bestimmten Institutionen weniger Hürden, so dass man da leichter reinrutscht? Das muss jetzt nicht nur Sport sein, es kam mir jetzt nur als Gedanke. Und wo anders sehen Sie eben, dass es dann schwieriger ist? Also können Sie das messen an manchen Stellen?

Prof. Dr. Wibke Riekmann (Sachverständigenkommission): Danke für die Frage. Insbesondere junge Menschen werden häufig viel zu negativ dargestellt bezüglich ihrer Engagementbereitschaft und auch ihres konkreten Engagements. Wir wissen, in Jugendverbänden und in der offenen Kinder- und Jugendarbeit sprechen wir von bis zu 60 Prozent der Jugendlichen, die in bestimmten Altersgruppen engagiert sind. Ich war gerade vor zwei Wochen in Hamburg, Demokratiebildung durch Sport, in einer großen Veranstaltung. Dort im Sport können wir zum Beispiel sehen, wir haben von der Mitgliedschaft eine diversere Mitgliedschaft. Hier haben wir mit den Sportvereinen und Verbänden vor allem über diese Hürden dann in verantwortlichen Positionen diskutiert. Das ist auch immer noch ein wichtiger Punkt. Der Zugang ins Engagement geht über mehrere Zugangshürden. Das haben wir auch noch einmal deutlich gemacht. Also erst einmal irgendwo mitzumachen und dann aber eben dieser Punkt auch gefragt zu werden für verantwortliche Positionen. Das haben die Sportvereine dort sehr gut aufgenommen und auch diskutiert, dass in ihren Vorständen das noch nicht so stark sichtbar ist, wie es sich in ihrer Mitgliederstruktur zum Beispiel ausdrückt.

Die **Vorsitzende:** Vielen Dank, Herr Holz. Ich würde gern noch einmal gerade an gestern anknüpfen an diese schönen Podien beim EngagementTag. Da wurde viel über diese Räume des Engagements gesprochen und das hat jetzt damit auch zu tun. Wo können Menschen, die sich engagieren wollen, eigentlich Informationen bekommen, wo können sie zusammenkommen und



so weiter? Hessen hatte da einige Beispiele genannt, wie man bei ihnen Informationen bekommen kann. Ich weiß aus Hamburg, dass es dieses Haus des Engagements gibt. Das wird auch nicht jeder kennen. Aber zumindest gibt es an manchen Stellen Angebote. Wie sehen Sie das, wenn Sie so ein bisschen den Blick schweifen lassen, Was ist da Ihre Erfahrung?

Jan Holze (DSEE): Vielen Dank für die Frage. Zunächst zum Sport. Ich male das Bild nicht ganz so bunt wie meine Kollegin. Ich sehe da durchaus auch innerhalb der Strukturen noch Schwellen, die es zu beachten gilt. Unter anderem, wenn wir uns den Sport anschauen, schafft es keine andere Struktur so wenig, außerhalb des eigenen Vereins Engagierte einzubinden. Es schafft kaum eine andere Struktur, insbesondere Frauen in Verantwortung zu bringen, insbesondere wenn es darum geht, Verantwortung in Leitungs- und Führungsfunktionen zu übernehmen. Insofern gibt es da durchaus Schwellen, die ich als Arbeitsfelder ansehen würde. Um das noch ein bisschen aus meiner Perspektive zurechtzurücken. Das Thema Orientierung und Beratungsangebote bauen wir natürlich in der Stiftung auf, weil es dem gesetzlichen Zweck entspricht, den der Deutsche Bundestag uns mitgegeben hat bei der Schaffung der Stiftung. Aber es zeigt sich, wenn ich nur einmal ein Beispiel nehme, die rechtliche Beratung – 1 000 Vereine haben in diesem Jahr rechtliche Unterstützung oder rechtliche Beratung erhalten, wenn es darum geht, Fragen innerhalb des Vereinslebens zu klären. Wir sind nur sehr zurückhaltend, um überhaupt auf dieses Angebot aufmerksam zu machen. Insofern, wenn wir da eine Kampagne zu machen würden, was die Stiftung an Know-how und Expertise zur Verfügung stellen würde, wären wir sehr schnell am Rande der Arbeitsunfähigkeit. Insbesondere würden wir dort Frust erzeugen, weil wir gar nicht die Dinge so schnell abgearbeitet bekämen. Und dann haben wir beide nichts gewonnen, die Vereine nicht, die sich Unterstützung erhoffen. Es gibt also vielfältige Möglichkeiten, Unterstützung zu erhalten. Sie haben gesagt, das Haus des Engagements. Es gibt im Land Hessen entsprechend eine Ehrenamtsagentur, die Unterstützung und Beratung ermöglicht. Aber was insbesondere spezifisches Know-how rund um rechtliche Beratung oder Fördermittelberatung angeht, ist die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt der übergreifendste und spezifischste Beratungsgeber. Aber

um da ein Stück weit Wasser in den Wein zu gießen, wir schaffen nicht, den tatsächlichen Bedarf, den es in den 615 000 Vereinen gibt, abzuarbeiten.

Die **Vorsitzende:** Vielen Dank. Dann kommen wir zu Bündnis 90/Die Grünen, Frau Dr. Nick.

Abg. **Dr. Ophelia Nick (Bündnis 90/Die Grünen):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich freue mich auch sehr, dass wir dieses wichtige Thema heute im Ausschuss sehr gut behandeln. Es wurde schon häufiger gesagt, aber man kann es wirklich nicht genug sagen, Ehrenamt hält auch unser Land am Laufen. Ohne das Ehrenamt würde vieles nicht funktionieren. Ich wohne in einer Kleinstadt, also nicht ländlich, auch nicht in der Stadt und auch da habe ich das Gefühl, ist der Zugang leichter zum Ehrenamt. Was auch daran liegt, dass vieles bei uns auch freiwillig gemacht werden muss. Freiwillige Feuerwehr oder Kultur würden bei uns so nicht funktionieren, wenn es nicht so großartig engagiert von unseren Bürgerinnen und Bürgern gemacht würde. Ich kann das auch wirklich sagen, wenn jetzt auch noch die Öffentlichkeit zuhört: Ehrenamt ist erfüllend und ich wäre vielleicht nicht hier, wenn ich mich nicht, ob das Tierschutzverein ist, kulturell oder im Sportverein, engagiert hätte und das immer sehr als erfüllend empfunden habe. Jetzt meine Frage an Sie. Das eine Thema, was ich auch immer schwierig fand, war tatsächlich der Bürokratieaufwand, den ich dann persönlich nicht so schwierig fand, aber oft übernehmen musste und den ich auch als eine Schwelle sehen würde. Also Bürokratieentlastung. Dann ihre Vorschläge, wie kann man Zugänge erleichtern? Und Sie sprechen auch von bestimmten Ansprachestrategien. Ob Sie da etwas dazu sagen können?

Univ.-Prof. Dr. Chantal Munsch (Vorsitzende Sachverständigenkommission): Ich würde vielleicht damit anfangen, dieses Gefühl, bei uns können alle mitmachen. Das müssen wir erst einmal als ein trügerisches Gefühl sehr ernst nehmen, weil das haben wir im Land, in der Stadt, immer in unserem Verein. Es gehört dazu, dass wir immer denken, wir seien offen. Und zur Frage vorher noch einmal. Wer kommt wo hinein? Im informellen Engagement, also da, wo es keinen Verein, keine Strukturen gibt, da haben wir diese Unterschiede nicht. Das heißt, das Anpacken wollen, das haben wir überall. Aber je höher die Verantwortung, je höher die Schaffung von Struk-



turen, die Entscheidungsgewalt im Vorstand ist, da werden die Unterschiede immer deutlicher. Ansprache und die Ansprachestrategie wird da genau für die Aufgaben wichtig, dass ich wirklich schaue, wen habe ich typischerweise nicht im Blick. Und ich würde da vielleicht auch wirklich Statistiken machen und überlegen wer, wenn wir überlegen, fällt uns immer gleich ein? Da fallen uns immer die Leute ein, mir auch, die genauso ticken wie wir, weil wir denen Kompetenz zutrauen. Und da übersehen wir Vielfalt oder vielleicht auch Experten und Expertinnen. Wir haben beim Bericht, das Thema hatten wir noch nicht, viel überlegt, wir brauchen Schwellenexperten und -expertinnen. Wir brauchen Menschen aus anderen Milieus, aus anderen Herkunftsn, die uns dabei zur Seite stehen, weil wir sehen das nicht. Wir sehen immer nur die, die gleich sind, die gleich reden wie wir.

Abg. Dr. Ophelia Nick (Bündnis 90/Die Grünen): Sie haben auch davon gesprochen, dass die Finanzierung der Programme nachhaltig sein soll. Deswegen auch noch einmal die Frage an die Bundesregierung. Kann eine nachhaltige Finanzierung ermöglicht werden? Und auch noch einmal die Empfehlungen, die in dem Bericht sind. Wie können die umgesetzt werden?

Dr. Babette Kibele (BKAm): Mit den Empfehlungen werden wir uns natürlich auch noch auseinandersetzen. Die „Projekteritis“ wurde vorhin schon genannt und das wissen wir. Das ist ein großes Problem für viele. Dann habe ich die Leute zusammen, dann beginne ich ein Projekt und dann läuft es aus. Wir würden an mancher Stelle auch gern langfristiger fördern. Wir müssen uns dann auch einmal trauen, Projekte, die vielleicht nicht so erfolgreich sind, obwohl sie schon länger gefördert werden, wieder zu beenden. Das ist auch immer hart für die Einzelnen. Wir haben, wenn ich zum Sport gehen darf, auch das Bedürfnis einer überjährigen Finanzierung. Da beißt sich manchmal so ein bisschen das, was vielleicht faktisch sinnvoll wäre, mit gewissen Vorgaben des Haushaltsrechts. Aber wir haben das auch noch einmal sehr gesehen in dem Bericht. Das ist in vielen Erhebungen, dieses Hangeln von Projekt zu Projekt, das ist ein großes Problem. Da habe ich jetzt noch nicht so ganz die goldene Antwort, aber das ist auf jeden Fall etwas, was wir auch in den nächsten Jahren noch weiterbearbeiten müssen.

Abg. Dr. Ophelia Nick (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. Und dann vielleicht noch eine Frage an die DSEE: Sie sprachen von einem Lernportal. Wie weit sind Sie mit diesem Lernportal?

Katarina Peranić (DSEE): Das Lernportal besteht schon und wir haben uns vorgenommen, es im nächsten Jahr noch stärker auszubauen, auch die Themen, die im Bericht genannt wurden, dort stärker zu bespielen. Also die DSEE hat pro Jahr rund 70 Fortbildungsangebote. Sie sind meistens digital, damit jeder sehr niederschwellig teilnehmen kann, 500 Angemeldete pro Onlineseminar. Das wollen wir ganz massiv ausbauen. Aber wir wollen auch vor Ort bei den Engagierten sein. Deswegen kooperieren wir mit Kommunen, mit Rathäusern, mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, um dort beispielsweise Fördermittel, Werkstätten, um noch einmal einen Punkt zum Thema Finanzierung zu sagen, um Engagierte auch zu informieren. Wo gibt es denn abseits von staatlicher Förderung vielleicht noch andere Zugänge zu finanziellen Mitteln? Das wollen wir hebeln und hier einfach auch für mehr Transparenz sorgen.

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Dann kommen wir zu Frau Abg. Eißing, für die Fraktion Die Linke.

Abg. Mandy Eißing (Die Linke): Vielen Dank. Ich hätte zwei Fragen an die Berichtskommission und wenn Sie mir dann vielleicht noch eine halbe Minute lassen, hätte ich noch eine Frage an die Bundesregierung. Sie haben in Ihrem Bericht viel über die Zugangschancen gesprochen und wie soziale Ungleichheiten sich auch im Engagement widerspiegeln. Wie stehen Sie zu der Idee eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres? Und wenn Sie es positiv sehen, wie würden Sie einen solchen Pflichtdienst gestalten? Frage zwei: In Ihren Handlungsempfehlungen steht, dass Partizipation und Engagement insbesondere in der Kinder- und Jugendarbeit, aber auch in der Gemeinwesenarbeit ausgebaut und sichergestellt werden sollen. Die Kinder und Jugendarbeit ist seit Jahren massiv unterfinanziert und oft sind eben Jugendklubs die ersten Orte, die schließen müssen bei der schwierigen Haushaltslage in den Kommunen. Und welche Folge hat aus Ihrer Sicht der Wegfall von Jugendklubs in Bezug auf Engagement von jungen Menschen?

Univ.-Prof. Dr. Chantal Munsch (Vorsitzende Sachverständigenkommission): Zunächst zum



Wegfall von Jugendklubs. Das würde diese Schwelle massiv erhöhen, weil Jugendklubs der Ort sind, wo eher benachteiligte Jugendliche hinkommen und dort etwas erfahren, was sie in ihren Familien nicht erfahren. Das erfahren andere in den Familien, wie man mitbestimmt, dass man das kann, dass man Projekte stemmen kann. All das, glaube ich, was viele Menschen hier im Raum auch in diese Position geführt hat, dafür bieten diese Jugendklubs einen enorm wichtigen Ort. Pflichtdienst, dazu haben wir uns jetzt nicht ausgetauscht. Aber ich würde sagen, das wäre zumindest ein Ort, wo alle zusammenkommen, das hängt immer davon ab, wie man es macht, und auch solche Erfahrungen machen. Wir wissen von der sozialen Arbeit, wir hatten nicht so viele Männer in der Sozialarbeit, wir hatten viel mehr Männer, die darüber in die soziale Arbeit gekommen sind.

Prof. Dr. Sabrina Zajak (Sachverständigenkommission): Ich denke, wenn man das mit den Schwellen ernst nimmt, Engagement basiert auf Freiwilligkeit und auch auf der Motivation für das Engagement. Und das nimmt natürlich der Pflichtcharakter natürlich ein bisschen weg. Und deswegen ist ja das Thema der Zugänge und der Schwellen so wichtig. Ich glaube, wenn man daran arbeitet, brauchen wir das gar nicht, weil dann kann man das viel besser tragen, als etwas verbindlich zu machen.

Prof. Dr. Wibke Riekmann (Sachverständigenkommission): Eine Mini-Ergänzung. Diese Finanzierung der offenen Kinder- und Jugendarbeit ist vor allem in den ostdeutschen Bundesländern sehr wichtig; sie dort aufrechtzuerhalten, weil sie dort teilweise noch prekärer ist.

Abg. **Mandy Eißing** (Die Linke): Genau, in den Flächenländern. An die Bundesregierung, welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus dem Engagementbericht und welche Initiativen wollen Sie von der Berichtskommission aufgreifen?

Dr. Babette Kibele (BKAm): Wir beschäftigen uns gerade mit dem Zukunftspakt und viele Dinge, die hier aufgegriffen sind, Schwellen abbauen, wollen wir auch mit dem Zukunftspakt. Im Kern der berühmte Bürokratierückbau. Viele Punkte mischen sich mit dem, was wir jetzt ohnehin vorhaben, und wir werden das jetzt über die Legislaturperiode hoffentlich erfolgreich bekämpfen, im positiven Sinne.

Die **Vorsitzende**: Wunderbar, dann kommen wir schon in die zweite und kürzere Fragerunde. Jetzt stehen jeder Fraktion noch einmal drei Minuten zur Verfügung. Die Fragen an die Bundesregierung wurden nicht angerechnet, jetzt werden sie angerechnet. Wir starten wieder bei der Union, Abg. Artur Auernhammer. Bitte.

Abg. **Artur Auernhammer** (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich möchte den Ball aufnehmen, den Frau Dr. Nick in den Raum geworfen hat mit dem Thema Bürokratie und dergleichen. Wir erleben oft, dass Engagierte mit dieser Bürokratie überfordert sind. Das beginnt bei der Allergenkennzeichnung für das Kuchenbuffet und endet dann mit irgendwelchen Meldepflichten von Vereinen und dergleichen. Ich sehe den Ansatz der Bundesregierung sehr positiv, dass wir sagen, wir müssen hier ran. Wir müssen hier gerade die Ehrenamtlichen, die Engagierten entlasten. Ich glaube, das ist wichtig, und ich weiß nicht, wie Sie das einschätzen, denn ich erlebe oft, da ist jemand und will sich engagieren, aber dann verliert er schnell die Lust. Die 25jährige oder eine 40jährige Vereinsmitgliedschaft, ich weiß nicht, ob wir das in 20, 30 Jahren noch ehren können. Wie sehen Sie das in Ihrer Arbeit oder welche Schlussfolgerungen ziehen Sie daraus? Danke.

Jan Holze (DSEE): Das Thema Bürokratie ist eines der Kernthemen für das Ehrenamt. Das anzugehen, sehe ich tatsächlich als eine der großen Herausforderungen in diesem Kreise und bin deswegen auch dankbar, dass Sie das Steueränderungsgesetz als eines der Tagesordnungspunkte hier aufgenommen haben. Frau Özoğuz hat es angesprochen, dass wir gestern beim EngagementTag zusammen waren. Da habe ich mal spaßeshalber eine Abfrage gemacht, ob von den Ehrenamtlichen dieses Steueränderungsgesetz unterstützt würde. Dort war einstimmig festzustellen, dass genau diese, kurz vorher durch Dr. Plum vorgestellten, Punkte einstimmig angenommen würden, wäre der EngagementTag als abstimmende Einheit dort entsprechend berechtigt. Insofern, dieses Votum möchte ich Ihnen mit auf den Weg geben. 77 Prozent der Befragten einer Studie der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt sagen, dass die Bürokratiebelastung für ihren Verein hoch bis sehr hoch ist. 77 Prozent sagen, dass Bürokratie eines der Hauptthemen, Hauptbelastungen in ihrem Verein sind. Dabei geht es gar nicht um die Bürokratie



innerhalb des Vereins, sondern um das, was zusätzlich hinzukommt. Allein die Sicherheitsanforderungen, die auch wiederum natürlich durch die Gesamtwetterlage hinzukommen, sind ein Thema, was auch bei den Ehrenamtlichen ankommt, wo sie unterschiedlichste Ansprechstellen innerhalb von Institutionen aufsuchen müssen, um beispielsweise ein Vereinsfest oder ein Straßenfest umzusetzen. Das sind Themen, die natürlich dann letztlich auch beim Ehrenamt ankommen, wo auch eine übergreifende Zusammenarbeit eingefordert wird, nicht nur von Seiten des Sport- und Ehrenamtsausschusses, sondern auch andere Ausschüsse mit befasst sein sollten, um die Sorgen und Nöte des Ehrenamts mitzubeachten und letztlich bei denjenigen nicht die Themen abzulassen.

Die **Vorsitzende**: Gut, dann geht das Fragerecht an die AfD-Fraktion. Herr Abg. Schieske, bitte.

Abg. **Lars Schieske** (AfD): Danke. Warum werden Probleme wie Integrationskonflikte, erhöhte Belastung von Kommunen oder Spannungen bei hoher Migrationsdichte nicht thematisiert, obwohl sie vielerorts das Engagement real beeinflussen, zum Beispiel im Fußball?

Univ.-Prof. Dr. Chantal Munsch (Vorsitzende Sachverständigenkommission): Ich würde sagen, der Bericht tut genau das – die Integrationskonflikte –, weil er zeigt, wie schwierig es Menschen gemacht wird, die einen Beitrag leisten wollen, um ihren Beitrag leisten zu können. Genau das bedeutet Integration.

Abg. **Lars Schieske** (AfD): Danke. Warum liegt der Fokus des Berichts auf struktureller Umgestaltung der Vereine statt auf echter Entbürokratisierung, obwohl die Ehrenamtlichen dies als eines der größten Hindernisse benennen? Wir haben es gerade gehört.

Prof. Dr. Wibke Riekman (Sachverständigenkommission): Wir haben den Bürokratieabbau auch benannt und die Vereine wollen sich diesen Schwellen widmen. So haben wir das in unseren Anhörungen auch erfahren, dass es dort eine Offenheit gibt, auch ein Sehen dieser Schwellen und auch eine Bereitschaft, sich mit diesen Themen zu beschäftigen, was wir als sehr positiv empfunden haben. Die Vereine, das wurde ja schon vielfach genannt, brauchen Unterstützung in diesem Prozess, sich den Schwellen genau widmen zu können.

Abg. **Lars Schieske** (AfD): Dann fragen wir gleich einmal die Bundesregierung. Welche konkreten Schritte plant denn die Bundesregierung, um Verwaltungsverfahren zu vereinfachen?

Dr. Babette Kibele (BKAm): Wie schon im mehrfach erwähnten Zukunftspakt. Auch wir freuen uns, dass das Steuerrechtsänderungsgesetz jetzt auf den Weg gebracht ist. Wir sammeln, wir sind in einem Dialog mit vielen Institutionen, auch die, die hier vertreten sind. Viele haben uns Vorschläge geschickt aus der wirklichen Praxis. Wo stört mich als Engagierter die Bürokratie? Wir sind dazu mit allen Ressorts in der Bundesregierung in Kontakt. Viele Gesetze liegen nicht bei uns in der Federführung. Wir sind mit dem BMF und dem BMJV in einem sehr guten Kontakt und werden jetzt Schritt für Schritt versuchen, alles das, was wir schnell abholen können, schnell abzubauen. Und manches ist auch ein etwas dickeres Bett, braucht ein bisschen länger. Aber genau die Sachen, die Engagierte in der Praxis hemmen, wo Bürokratie stört, die wollen wir jetzt im Laufe des nächsten Jahres angehen.

Abg. **Lars Schieske** (AfD): Ich hatte nach konkreten Schritten gefragt. Sagen Sie doch einmal zwei, drei konkrete Schritte. Was wollen Sie genau machen?

Dr. Babette Kibele (BKAm): Wir wollen zum Beispiel machen, dass viele digitale Angebote, die auch die DSEE anbietet, bekannter werden, dass es nicht schwierige, komplexe digitale Anwendungen sind, sondern solche, die dort entwickelt werden, die dort gelernt werden, dass wir die den Vereinen und den Engagierten näherbringen. Und dass man merkt, wie manche Bürokratie, wie Frau Dr. Nick sagte, sich vielleicht etwas schneller abwickeln lässt, weil ich ein digitales Tool nutzen kann, was mir konkret hilft.

Die **Vorsitzende**: Damit geht das Fragerecht wieder an die SPD-Fraktion. Das übernehme ich noch einmal in diesem Fall. Es gibt jetzt eigentlich ganz viel noch zu fragen, aber in diesen so langen Austausch können wir leider nicht kommen. Aber mich würde schon noch Folgendes interessieren. Wenn ich es richtig verstanden habe, hat die Deutsche Stiftung Engagement und Ehrenamt kritisiert, dass diese Engagementberichte nicht unbedingt aufeinander aufbauen. Und für uns wiederum muss man ja sagen, – Frau Dr. Kibele hat gerade noch einmal gezeigt, was die Bundesregierung macht –



am Ende setzen wir Abgeordneten uns noch einmal auseinander mit diesen Themen und sagen dann, was wir hier wirklich beschließen wollen. Aber wir brauchen dazu immer auch verlässliche Daten, Analysen. Und ich frage mich da natürlich schon, wäre es nicht hilfreich, wenn man etwas hätte, was auch über eine längere Zeit wirklich nachvollziehbar wäre? Und damit verknüpft die Frage: Können Sie sagen, wie ein nächster Bericht vielleicht geplant wäre? Oder was würden Sie empfehlen, wie man dort vielleicht noch mal besser ansetzen kann?

Univ.-Prof. Dr. Chantal Munsch (Vorsitzende Sachverständigenkommission): Ich würde erst einmal sagen, die Kontinuität haben wir im Freiwilligensurvey. Die ist ungemein wichtig und sollten wir nie infrage stellen. Für den Bericht fand ich das für den Vierten Bericht extrem gut, dass eine neue Perspektive hereinkommen konnte. Das heißt, dass der Vierte Engagementbericht eine Frage aufgegriffen hat, die weder in den drei ersten Berichten so war. Das heißt hier, auch eine Vielfalt an Perspektiven, ein verschiedenes Denken von Engagement. Das finde ich schon sehr wichtig. Das müsste bei aller Kontinuität doch gewährleistet sein, sonst hätten wir diese so relevante gesellschaftliche Frage nicht auf den Tisch gekriegt.

Prof. Dr. Sabrina Zajak (Sachverständigenkommission): Vielleicht noch als Ergänzung. Wir haben natürlich mit dem Freiwilligensurvey eine super Statistik, aber bei diesem Bericht ist uns auch aufgefallen, über viele Sachen wissen wir einfach noch nicht Bescheid. Gerade was diese Ausschlussmechanismen anbelangt. Deswegen haben wir nicht nur die Anhörungen gehabt, sondern haben auch eine eigene Erhebung konstruiert, also solche Faktoren weiter zu berücksichtigen und dann näher zu betrachten. Zum Beispiel dann mehr in die Wirkungsmessung zu gehen, also welche Effekte haben bestimmte Maßnahmen, ist sicherlich wichtig, das zu verstetigen, aber auch Kommunikationsstrukturen in die Parlamente, also irgendwie in Form von Begleitung des Berichtes und deren weiteren Maßnahmenkatalog von der Öffentlichkeit, von Wissenschaft, von anderen Einrichtungen. Also so eine Verstetigung wäre sehr sinnvoll.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Wir haben selbst einmal gesagt, dass wir, gerade wenn eine Gesellschaft sich verändert, auch auf die verschiedenen Bereiche gucken müssen. Wir hatten nie so genau

hingeguckt, was mit queeren Menschen oder Menschen mit Behinderung oder Einwanderungsgeschichten und so ist. Deswegen bin ich Ihnen da dankbar. Sie haben eben gezuckt. Wollen Sie noch einen Satz?

Katarina Peranić (DSEE): Ja. Total gern, weil die Forderung oder die Empfehlung von uns kam. Wir sehen einfach noch viel mehr Potenzial. Wenn es eine Geschäftsstelle gäbe, die sich dem Wissenstransfer noch einmal stärker widmet, dass eben Ergebnisse eines Engagementberichtes hier im politischen Raum diskutiert werden können, dass es Formate gibt für den Austausch, aber dass zivilgesellschaftliche Akteure wirklich davon profitieren können und die Ergebnisse konkret in ihre Arbeit einfließen lassen können. Das ist aus unserer Sicht in der aktuellen Konstellation so nicht gegeben und das würden wir uns sehr wünschen.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, Dann geht das Fragerecht an Bündnis 90/Die Grünen, Abg. Tina Winklmann.

Abg. **Tina Winklmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Danke, Frau Vorsitzende. Auch von mir danke für die Expertise, für die Ausführungen unserer Sachverständigen. Ich glaube, man sieht eines: Das Ehrenamt ist so vielfältig wie unsere Gesellschaft ist. Das macht uns stark, wenn eine vielfältige Gesellschaft sich einbringt in den verschiedenen expliziten Bereichen. Ich möchte auch noch einmal darauf eingehen, weil bei Ihrer Einführung, Frau Peranić, es ist schon aufgefallen, mit dieser Verzahnung der Berichte auch noch einmal zurückzublicken. Wir brauchen diese geballte Power des Wissens. Natürlich müssen wir einen Schritt weitergehen. Wir müssen nach vorne schauen, weil sich die Gesellschaft auch verändert. Aber da möchte ich jetzt die Bundesregierung dazu noch einmal kurz fragen: Ist von Ihrer Seite aus etwas geplant, einmal zurückzublicken auf die alten Berichte? Wo kann man vielleicht einfach doch verzahnen? Wie können wir das noch ausbauen?

Dr. Babette Kibele (BKAm): Ich kenne auch Interessenten für eine Geschäftsstelle und das ist auch vielleicht wirklich keine so ganz schlechte Idee. Damit schaffen wir wieder eine Struktur, wo wir dann aber vielleicht in ein paar Jahren überlegen, ist sie so hilfreich oder nicht, dass wir zurückschauen müssen, dass wir das zusammen lesen müssen. Das ist ganz wichtig, dass es auch



bei uns im Ressort jetzt neu zu uns gekommen ist aus dem Familienministerium. Die Kollegen, die eben auch Erfahrungen mit den alten Berichten haben. Wie wir das genau zusammendenken? Ehrlich gesagt, da müssen wir auch noch ein bisschen drüber nachdenken. Ich glaube, der Punkt Verstetigung und offen für Neues ist wichtig. Vielleicht ist auch das Zusammenspiel mit dem Survey und dem Bericht, vielleicht muss man das noch ein bisschen anders verknüpfen. Ich glaube, es ist eine weitere Denkaufgabe für die nächsten Jahre.

Abg. **Tina Winklmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Unser Ausschuss für Sport und Ehrenamt ist auch neu. Wir lernen auch noch die Verknüpfung. Mich würde aber noch eines interessieren, noch mal zu diesem Lernportal. Das hat uns sehr neugierig gemacht. Wie sieht es hier aus mit leichter Sprache? Wir reden eben genau von Angeboten, dass wir alle mit beteiligen können. Vielleicht können Sie da noch einmal etwas dazu sagen.

Katarina Peranić (DSEE): Ein sehr wichtiges Thema, das noch nicht umgesetzt ist in den Angeboten der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt, das wir aber gerne umsetzen möchten. Auch das Thema Mehrsprachigkeit treibt uns um, wir wissen, wie viele Menschen sich auch engagieren, die der Sprache nicht ganz so mächtig sind. Und das ist etwas, was wir im nächsten Jahr angehen wollen.

Jan Holze (DSEE): Im Übrigen auch die Unterscheidung zwischen Expertinnen und Experten im Ehrenamt. Manche wollen richtig tief in die Themen vorangehen und manche sind erst Beginner, weil sie gerade Schatzmeisterin oder Schatzmeister geworden sind. Auch diese Unterscheidung haben wir aufgrund eigener Ressourcen und eigener fehlender Kraft noch nicht vornehmen können. Es gibt da noch viel zu tun, um dieses Lernportal für alle Ehrenamtlichen zugänglich zu machen und ihre Bedarfe zu treffen.

Die **Vorsitzende**: Und vielleicht sogar noch alle miteinander zu vernetzen. Ich kann da auch aus meiner Erfahrung aus der Lebenshilfe berichten, dass da gerade eine App entwickelt wurde zur Übersetzung in leichte Sprache. Da kann man durchaus, glaube ich, untereinander auch viel lernen.

*Zwischenruf Abg. **Mandy Eißing** (Die Linke):*

„Meine Zeit läuft ab“

Die **Vorsitzende**: Entschuldigung, jetzt hätte ich Sie fast übersehen. Hier kommt jeder zu seinem Recht. Frau Abg. Eißing macht jetzt den Abschluss dieser Runde für die Fraktion Die Linke, bitte schön.

Abg. **Mandy Eißing** (Die Linke): Vielen Dank. Sie haben festgestellt, dass es eine leicht höhere Beteiligung an Engagement im ländlichen Raum gibt. Welche Gründe gibt es aus Ihrer Sicht dafür und was kann man im Bereich des ländlichen Raums noch verbessern? Und dann eine ganz spannende Frage meinerseits, Gemeinnützigkeitsrecht. Ich komme auch aus dem ländlichen Raum. Was kann man aus Ihrer Sicht tun, um Vereine finanziell besser auszustatten? Gerade im ländlichen Raum fehlt es oft an der Ausstattung. Es fängt bei der Tischtenniskelle an und hört bei der Freiwilligen Feuerwehr auf. Und die soziokulturellen Vereine haben auch kein Geld. Man kann auch nicht die Beiträge erhöhen. Wie sehen Sie, dass man auch die Vereine dahingehend entlastet? Wir spenden alle, alle Abgeordneten, die wir hier sind, mit Fußballen und sonst irgendwas. Das ist auch die Situation vor Ort. Wie sehen Sie das?

Die **Vorsitzende**: Wer mag beantworten?

Prof. Dr. Wibke Riekmann (Sachverständigenkommission): Es war die Frage nach dem Grund, warum im ländlichen Raum. Da sehen wir, dass Engagement nicht im luftleeren Raum stattfindet, sondern in einem sozialen Zusammenhalt. Und wenn wir im sozialen Zusammenhalt sozusagen von funktionierenden sozialen Strukturen sprechen, die Menschen zusammenbringen, dann sieht man, dass sie sich auch in den Vereinen irgendwie widerspiegeln. Diese Form dieses sozialen Zusammenhalts gilt es zu stärken, auch über die Vereine.

Jan Holze (DSEE): Gemeinnützigkeit ist so das Qualitätssiegel, nicht ganz unberechtigt, wenn es darum geht, Ehrenamt abzubilden. Nichtsdestotrotz gibt es auch viel Ehrenamt außerhalb des Gemeinnützigkeitsrechts. Herr Abg. Auernhammer hat gesagt, er kommt von der Landjugend. Das ist unter anderem eine Struktur, die im Wesentlichen nicht gemeinnützig ist. Und auch dort findet wichtiges Ehrenamt statt. Deswegen haben wir unsere Angebote so aufgebaut, dass es sowohl gemeinnütziges als auch nicht gemeinnütziges, aber gemeinwohlorientiertes Ehrenamt betrifft und dort auch die Tischtenniskelle oder der Fußball entsprechend



Unterstützung findet. Aber Entschuldigung, dass ich das an dieser Stelle auch noch mal sagen darf: Auch hier können wir den Bedarf nicht treffen, entsprechend abdecken, weil wir dort wesentlich mehr Anträge haben als zur Verfügung stehende Mittel. Insofern ein politischer Auftrag vielleicht daraus ableitbar.

Prof. Dr. Sabrina Zajak (Sachverständigenkommission): Darf ich noch ergänzen, dass besonders die Förderung in den strukturschwachen Regionen von besonderer Bedeutung ist, wir sehen so eine Abwärtsspirale, also strukturschwache Regionen, da passiert dann auch weniger Engagement. Mit der Zeit sickert es durch und die Benachteiligung, das Abhängigkeitsgefühl, nimmt zu. Und Engagement ist wiederum ein ganz wichtiger Faktor, der dieses Benachteiligungsgefühl – wir sind abgehängt, wir gehören nicht mehr dazu – sehr stark kompensiert. Deswegen muss man bei der Strukturförderung besonders noch einmal regionale Unterschiede berücksichtigen bei solchen Sachen und in strukturschwachen Regionen besonders investieren.

Abg. **Mandy Eißing** (Die Linke): Was sind die strukturschwächsten Regionen?

Prof. Dr. Wibke Riekmann (Sachverständigenkommission): Das Thünen-Institut nennt die ländlich-peripher. Wir haben da nicht mehr diese Dichotomie von Stadt und Land, sondern eine Abstufung, die weit weg von Großstädten ist. Wenig Infrastruktur, so quasi das Gefälle.

Abg. **Mandy Eißing** (Die Linke): Ost-West-Gefälle? Oder ist es egal?

Katarina Peranić (DSEE): Wir haben auf unserer Website tatsächlich einen Postleitzahlen-Check, weil das bei uns ganz häufig Förderkriterium ist, dass die Organisation ihren Sitz in einer strukturschwachen ländlichen Region hat. Da kann man sich das nachschauen und die speist sich aus diesen Thünen-Regionen.

Die **Vorsitzende**: Ganz herzlichen Dank an alle. Ich glaube, wir haben das Maximum herausgeholt aus der Zeit. Herzlichen Dank, dass Sie so fokussiert und wirklich immer direkt geantwortet haben. Ich darf Sie damit verabschieden und wir bauen ganz kurz nur um, weil schon bei TOP 2, die nächsten Sachverständigen kommen. Aber Ihnen wirklich noch einmal einen herzlichen Dank und wir werden uns bestimmt noch einmal wiedersehen.

Jetzt darf ich eine ganz tolle Sache verkünden, liebe Tina, das wird dich besonders freuen. Wir haben auf unserer Reise in der Schweiz bei der UEFA nachgefragt, ob wir eine Chance hätten für die EM 2029 der Frauen. Und eben gerade wurde mir gezeigt, Deutschland wird Ausrichter sein. Wir freuen uns, glaube ich, alle sehr.

Allgemeine Beifallsbekundungen

Die **Vorsitzende**: Den Sekt holen wir nach der Arbeit raus. Das wird noch länger heute. Und schon steht es in den Breaking News. Wir haben gerade die Anregung bekommen, dass wir jetzt vielleicht doch noch einmal zum IOC fahren sollten.

Die **Vorsitzende**: Dann kommen wir schon zu Tagesordnungspunkt 2.

Tagesordnungspunkt 2

Sechster Freiwilligensurvey

Selbstbefassung SB 21(5)12

Die **Vorsitzende**: Wir widmen uns jetzt dem Sechsten Freiwilligensurvey. Der Freiwilligensurvey basiert auf Antworten von über 27 000 Befragten auf Fragen zur Entwicklung des freiwilligen Engagements. Und dieser Sechste Freiwilligensurvey mit der Datengrundlage von 2024 ist als Kurzbericht veröffentlicht worden. Es zeigt eine große Bandbreite an Ergebnissen. Eine wichtige Kernaussage ist aus meiner Sicht, dass sich das freiwillige Engagement weiterhin auf einem hohen Niveau befindet. Wir haben das eben auch schon ein Stück weit angerissen. Dass und warum ein leichter Rückgang im Vergleich zur letzten Untersuchung vor fünf Jahren zu verzeichnen ist, wird sicher auch Thema in der folgenden Diskussion sein. Dazu begrüße ich jetzt herzlich die Geschäftsführerin vom Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Dr. Lilian Schwalb, und Ingo Leven, Senior Director und unter anderem Leiter des Forschungsbereichs Familie, Bildung, Bürgergesellschaft bei Verian, der uns heute digital zugeschaltet ist. Weiterhin bei uns sind Katarina Peranić und Jan Holze von der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt. Ihnen allen erst einmal ein ganz herzliches Willkommen. Auch hier wurden die an das Sekretariat gesandten Stellungnahmen als Ausschussdrucksachen verteilt. Bevor wir zu unseren Gästen kommen, möchte ich wieder Frau



Dr. Kibele um eine kurze Einführung bitten.

Dr. Babette Kibele (BKAm): Frau Vorsitzende, meine sehr verehrten Damen und Herren, ohne jetzt Herrn Leven vorzugreifen, der sicherlich gleich noch ganz viele Zahlen präsentieren wird, es wurden über 27 000 Personen gefragt. Der Survey wird alle fünf Jahre erhoben. Da haben wir die Regelmäßigkeit, die wir eben ein bisschen vielleicht bei dem Engagementbericht vermisst haben. Und der aktuelle Survey zeigt eine Engagementquote von 36,7 Prozent in der Bevölkerung. Das sind knapp 27 Mio. Menschen. Das ist zwar ein ganz leichter Rückgang, die Details werden wir sicherlich gleich hören, aber es ist trotzdem immer noch eine enorme Zahl von Menschen, was glaube ich, etwas Gutes und Positives ist. Und auch der Survey zeigt ähnlich wie die Diskussion eben, dass die Unterschiede beim freiwilligen Engagement sich vor allen Dingen sehr an den formalen Bildungsgrad knüpfen. Fußball wurde gerade genannt. Auch hier ist es wieder so, der Sport ist wichtig und der Sport ist eben der größte Teil des freiwilligen Engagements. In unseren Sportvereinen ist immer noch die größte Anzahl Menschen freiwillig engagiert. Und wir alle wissen, dass ohne dieses Engagement, das Elterntaxi wurde genannt, die Schiedsrichter und und und – das ist ganz zentral für ein gutes Sportdeutschland. Und Sie haben es gerade gesagt, das ist jetzt die Kurzvorstellung. Voraussichtlich Mitte 2026 werden wir die Erkenntnisse weiter vertiefen. Da wird der Hauptbericht vorgestellt werden. Vielleicht gibt es dann auch im Ausschuss noch einmal Gelegenheit, das zu diskutieren. Dann ist das noch alles etwas fundierter. So viel vielleicht jetzt von mir. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Ganz herzlichen Dank. Damit kommen wir auch zu den Eingangsstatements der Sachverständigen. Es ist wieder wie vorhin. Pro Institution fünf Minuten. Behalten Sie das Zeitfenster bitte im Auge. Wir beginnen mit Frau Dr. Schwalb.

Dr. Lilian Schwalb (BBE): Sehr geehrte Frau Ausschussvorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Kolleginnen und Kollegen, vielen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme hier für das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement. Wir freuen uns sehr, dass der Ausschuss sich befasst mit den ersten Ergebnissen dieser wichtigsten repräsen-

tativen Befragung zum Stand und zur Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. Wir beobachten schon lange diese Befunde und Ergebnisse und haben mit Freude den Kurzbericht gelesen. Wir danken auch ganz besonders Verian für die hervorragende Durchführung der Untersuchung und den interessanten Kurzbericht, der jetzt schon wirklich erste Interpretationen und Rückschlüsse zulässt. Und wir freuen uns sehr, dass die Vergleichbarkeit mit den vorhergehenden Surveys auch gewährleistet wurde. Das ist ganz besonders relevant für uns, denn das ist eine Langzeitbeobachtung und hat insofern auch wirklich einen herausragenden Wert. Denn so können wir auch Engagementpolitik und Engagementförderung auf die Entwicklung des Engagements in Deutschland anpassen und da eben gut reagieren. Wir danken auch Frau Staatsministerin Dr. Schenderlein und Ihrer Abteilung für die Förderung, denn wir hoffen sehr, dass dieses Instrument auch weiterhin gewährleistet ist, dass wir weiterhin darauf zurückgreifen können auf diese wichtige Datengrundlage. Und es gab auch einen zivilgesellschaftlich breit besetzten Beirat, der diese Analysen und Datenerhebungen gut begleitet hat. Da waren auch zahlreiche kompetente Mitglieder des BBE mit zugegen und haben diese Analyse gut begleitet. Auch das ist erwähnenswert, dass das auch ein wichtiges Instrument war. Ich beziehe mich jetzt auf den vorliegenden Kurzbericht und freue mich natürlich auch schon auf die Langfassung, die dann im kommenden Jahr erscheinen soll. Aber ich denke, sechs wesentliche Ergebnisse sind für uns hier schon sichtbar. Zum ersten zur Robustheit. Es gibt zwar einen leichten Rückgang, der zu verzeichnen ist auf der Basis der Daten, aber insgesamt sehen wir schon, dass wir Engagement auf einem recht hohen Niveau haben in Deutschland mit rund 27 Mio. Menschen ab 14 Jahren, die sich 2024 in Deutschland engagierten. Das ist deswegen bemerkenswert, weil wir schon sehr viele Krisen hatten. Wir haben einen großen gesellschaftlichen Wandel zu verzeichnen in den vergangenen Jahren, sodass wir sehen, dass Zivilgesellschaft deutlich grundsätzlich herausgefordert ist. Aber trotzdem haben wir es mit einer hohen Resilienz zu tun. Und das ist doch bemerkenswert. Mit Blick auf den Handlungsbedarf für die Engagementförderung, da komme ich gleich noch dazu, haben wir dennoch einiges zu bemerken. Wir sehen eine Vielfalt des Engagements und die Diversität



der Felder. Darüber haben Sie zuvor auch schon im Kontext der Berichterstattung des Engagementberichtes gesprochen. Es ist wichtig zu differenzieren. Es gibt unterschiedliche Felder im Engagement. Menschen engagieren sich in ganz unterschiedlichen Zusammenhängen. Und wir freuen uns, dass der Ausschuss sich auch hiermit befassen wird in dieser Legislaturperiode. Das gilt es anzuerkennen, zu berücksichtigen und zu stärken. Wir sehen ungleiche Zugänge zum Engagement. Damit hat sich auch der Engagementbericht schon befasst und darauf verweisen auch die Daten. Es gibt eine Reduktion, es gibt Hürden und Schwellen zum Engagement, auch bislang unterrepräsentierte Gruppen. Und es ist ganz wichtig, hier Beteiligung zu ermöglichen und diese einzubeziehen. Darauf verweisen eben auch die Daten. Auch Frauen und Männer engagieren sich unterschiedlich. Wir sehen, dass nach wie vor die Macht tendenziell männlich ist. Wir haben einen leichten Überhang bei Leitungsfunktionen im Engagement bei Männern und die Arbeit ist eher weiblich. Das heißt, freiwilliges Engagement im Sinne von engagierter Beteiligung ist stärker weiblich. Aber Frauen und Männer sind grundsätzlich gleich engagiert. Bemerkenswert ist auch, dass Engagierte zu gewinnen und zu entlasten mit neuen Herausforderungen bedacht ist. Diejenigen, die sich engagieren, bringen sich sehr intensiv ein. Es gibt viel Mehrfachengagement. Es gibt aber zugleich eine große Beständigkeit und zeitlich umfangreiche Leistungen bei den Engagierten. Und es ist relevant, dass es eine hohe Engagementbereitschaft bei bislang nicht Engagierten gibt. Diese ist bei den jungen Menschen zwischen 14 und 29 Jahren besonders hoch ausgeprägt. Und wir sehen, dass der demografische Wandel aktuell ganz besonders entscheidend ist. Also es gilt auch für die große Kohorte älterer Menschen, Übergänge zu gestalten. Und ich würde Sie sehr bitten, mit Blick auf die jungen Menschen und die Forderung nach Verpflichtung im Engagement doch zu reflektieren, ob das wirklich relevant ist. Denn gerade die Gruppe junger Menschen ist am stärksten engagiert. Und schließlich, last but not least, die Strukturen. Vereine sind weiterhin besonders wichtig als Ort des Engagements. Es gibt einen Trend, dass der Verein weiterhin ganz relevant ist und informelles Engagement sich nicht im Trend so weiter fortsetzt wie bisher gedacht. Mein Fazit: Um Engagement nachhaltig zu stärken, ist ein Handeln der Bundesregierung

dringend erforderlich. Strukturen sind zu stärken, Engagierte zu entlasten, die Zugangschancen zu erhöhen, Hürden abzubauen und zugleich auch die Engagementforschung und -berichterstattung weiterhin zu fördern. Wir stehen von Seiten des BBE als großes Netzwerk, als Kompetenzzentrum, dem Parlament und auch dem Kanzleramt sehr gerne bereit, um Engagementförderung zu verbessern, haben hier auch selbst Maßnahmen vorgeschlagen und wünschen uns eine gute Governance und Zusammenarbeit. Ich danke Ihnen sehr für Ihre Aufmerksamkeit.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, Frau Dr. Schwalb. Damit kommen wir zu Herrn Leven. Sie haben jetzt auch fünf Minuten. Bitte schön.

Ingo Leven (Verian): Meine Damen und Herren, herzlichen Dank für die Gelegenheit, die aktuellen Ergebnisse des Sechsten Deutschen Freiwilligen-survey in der Sitzung des Bundestagsausschusses für Sport und Ehrenamt kurz darstellen zu können. Dort, wo es möglich ist, möchte ich den Trend auch seit dem Fünften Deutschen Freiwilligen-survey in den Blick nehmen, der 2019 und damit am Vorabend [sic!] der Coronapandemie durchgeführt wurde. Im Trend zeigt sich, dass die Engagementquote von 39,7 Prozent im Jahr 2009 auf aktuell 36,7 Prozent leicht gesunken ist. Die Coronapandemie, die Preissteigerungen im Nachgang des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine – seit dem letzten Freiwilligen-survey haben wir es mit Rahmenbedingungen zu tun, die unmittelbar nicht positiv auf das Thema freiwilliges Engagement in Deutschland einzahlen. Daher sind die drei Prozentpunkte Rückgang im freiwilligen Engagement ein Ausdruck davon, wie robust die deutsche Zivilgesellschaft in diesen turbulenten Zeiten ist. Zugleich zeigt sich, dass der Rückgang nicht an allen Stellen gleichmäßig stattgefunden hat. Zwischen den Bundesländern gibt es erhebliche Unterschiede. In Sachsen ist auf niedrigem Ausgangsniveau das Engagement gegen den Trend leicht angestiegen. Und in Hessen und Bayern stellen wir auf höherem Ausgangsniveau auch nur leichte Rückgänge fest. Im Gegensatz dazu müssen wir im Saarland, Sachsen-Anhalt und in Baden-Württemberg feststellen, dass hier ein deutlicherer Rückgang zu verzeichnen ist. Diese Befunde sind es wert, in der weiteren Auswertung und Aufarbeitung der Ergebnisse des aktuellen Freiwilligen-survey näher betrachtet zu werden. Ebenfalls bemerkenswert ist,



dass deutschlandweit bei der Engagementbeteiligung die Schere nach Schulbildung nicht weiter auseinandergegangen ist. Im Gegenteil, der Rückgang ist bei Personen mit höherer Schulbildung besonders überproportional ausgefallen. Dies gilt leider auch für die Gruppe der 30- bis 49-jährigen Frauen, bei denen die Engagementquote ebenfalls von einem höheren Ausgangsniveau leider auch deutlicher zurückgegangen ist. Bemerkenswert ist weiterhin, dass die Engagementquote bei Personen mit Migrationshintergrund gegen den Trend leicht angestiegen ist. Weitere Ergebnisse im Telegrammstil. Hinsichtlich Zeit und Intensität, mit der das Engagement ausgeübt wird, ergibt sich ein positiver Trend. Zusammen mit der rückläufigen Engagementquote ergibt sich ein Gesamtbild von einem hin zu „ganz oder gar nicht“. Bei den gesellschaftlichen Bereichen ist fast flächendeckend eine Abnahme der Prozentzahlen zu verzeichnen gewesen. Die einzige Ausnahme hat der Bereich Unfall- oder Rettungsschutz, Freiwillige Feuerwehr, Bevölkerungs-, Katastrophenschutz, Ökologie gebildet. Dieser Rückgang gilt auch für Sport und Bewegung, der aber mit einem Anteil von 12,8 Prozent an der Gesamtbevölkerung ab 14 Jahren weiterhin den größten Anteil stellt. Beim organisatorischen Rahmen zeigt sich, dass sich der Trend der letzten 20 Jahre – weg von den Vereinen und Institutionen hin zu informellen Strukturen – nicht fortgesetzt hat. Vielmehr findet Engagement im Vergleich zu 2019 erstmals wieder leicht häufiger in Vereinen statt. Und auch beim Anteil derjenigen, die unter den freiwilligen Engagierten eine Leitungs- oder Vorstandsfunktion übernehmen, ist im Gegensatz zu den letzten 20 Jahren keine weitere Abnahme zu verzeichnen gewesen. Abschließend möchte ich noch den Blick auf ein Schwerpunktthema des aktuellen Freiwilligen-survey werfen, das Engagementpotenzial. Beim Engagementpotenzial haben wir 2024 die nicht Engagierten gefragt, ob sie sich ein Engagement in den nächsten zwölf Monaten vorstellen können. Sieben Prozent sagen sicher, 34 Prozent vielleicht. Damit ergeben sich rund zwei Fünftel, die das für sich ins Auge fassen. Ein Zeitvergleich mit den früheren Freiwilligen-survey ist an dieser Stelle leider nicht möglich. Dort waren es immer Quoten von dann zum Schluss über 60 Prozent, die dort als Potenzial berichtet wurden. Da wurde aber auch nach dem „zukünftig“ gefragt und nicht der konkrete Zeitraum von zwölf Monaten. Dieser konkrete

Zeitraum lässt die Quote geringer werden, ist aber natürlich für sich auch realistischer und vor allem auch relevanter im Hinblick auf die sich abzeichnende zukünftige Situation in den Vereinen und Organisationen vor Ort. Neu gefragt haben wir die Engagierten, wie sie mit ihrem zeitintensivsten Engagement in den nächsten zwölf Monaten weitermachen wollen. Sichtbar ist eine hohe Konstanz. 70 Prozent beabsichtigen, ihr Engagement im gleichen zeitlichen Umfang fortzuführen. Die zehn Prozent, die ihr Engagement zeitlich ausweiten wollen, halten sich die Waage mit den zehn Prozent, die etwas weniger dafür tun wollen. Zugleich gibt es aber auch sechs Prozent, die Engagement beenden wollen. Und zwei Prozent haben es in den letzten zwölf Monaten bereits getan. Mit diesen Ergebnissen, die wir im Hauptbericht noch vertieft betrachten wollen, offenbart sich die Daueraufgabe, vor dem Vereine und Organisationen stehen. Im Englischen heißt es an der Stelle „never stop recruiting“. Zugleich sind die Vereine und Organisationen aber auch gut beraten, auf die Anforderungen der aktuell Engagierten einzugehen, um sie in ihrem Engagement und in ihrer Engagementkarriere gut zu begleiten. Mit diesen zentralen Kernaussagen aus dem Kurzbericht des Sechsten Deutschen Freiwilligen-survey wird sichtbar, dass die bundesdeutsche Zivilgesellschaft wirklich robust durch diese Krisenzeiten kommt, denn für viele Menschen in Deutschland ist freiwilliges Engagement ein wichtiger Bestandteil ihrer alltäglichen Lebensführung. Es ist aber auch zugleich keine Selbstverständlichkeit, dass Menschen in unserem Land sich in dieser Breite und Tiefe freiwillig engagieren. Daher nutze ich an dieser Stelle einfach abschließend die Gelegenheit, in diesem hohen Haus all diesen Menschen danke zu sagen.

Die **Vorsitzende**: Und wir sagen ihnen danke für die Einführung. Und jetzt kommen noch einmal Frau Peranić und Herr Holze an die Reihe. Wer übernimmt das Wort? Herr Holze, bitte schön.

Jan Holze (DSEE): Vielen Dank für die Möglichkeit, Frau Vorsitzende. Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, dem Dank und der Bewunderung für den Freiwilligen-survey schließe ich mich an, den die Vorrednerinnen und Vorredner geäußert haben. Wir müssen uns vor Augen führen, dass dieses Dokument auch im internationalen Vergleich sich durchaus sehen lassen kann. Andere Länder haben ein solches Dokument nicht und wissen dement-



sprechend nicht, wie sich Zivilgesellschaft entwickelt. Insofern behalten Sie dieses bei. Nutzen Sie dieses Tool, um Politik zu gestalten. Wir haben eben das informelle Engagement angesprochen. Auch wenn Herr Leven sagt, dass die Zunahme im informellen Engagement nicht zu verzeichnen ist, möchten wir doch gleichwohl darauf hinweisen und uns wünschen in der Zukunft, dass sich der Freiwilligensurvey zu einem Messkonzept für informelles Engagement zur realistischen Abbildung gesellschaftlicher Teilhabe entwickelt. 13 Prozent sind in individuell organisierten Gruppen unterwegs, Nachbarschaftshilfe, Selbsthilfe usw. Insofern tragen Sie das mehr in den Fokus. Wir haben weniger Engagierte, wie eben schon gezeigt, mit mehr Zeit. Auf der anderen Seite diejenigen, die engagiert sind und häufiger unterwegs. Wir wollen dem entsprechend Rechnung tragen durch Onlineseminare und Angebote wie „FuturE“. Aber das wird nicht ausreichen. Insofern brauchen die Strukturen entsprechende Unterstützung, um wieder mehr Engagierte zu gewinnen. Das kann einerseits gelingen, indem zum Beispiel mehr Qualifizierung auf den Weg gebracht und unterstützt wird, entweder in den Strukturen selbst – beispielsweise im Sport, der sich mehr Unterstützung bei Qualifizierung wünscht – oder übergreifend beispielsweise über die DSEE. Und wenn wir uns das Thema Schulbildung anschauen, eben schon angesprochen, mache ich mir ehrlicherweise Sorgen, auch wenn Herr Leven das so nicht angesprochen hat. Denn wir haben einen Rückgang bei Engagierten mit hoher Schulbildung und haben insbesondere überhaupt das Thema Bildung als Zugangshürde oder Schwelle, wie eben angesprochen, beim Thema Engagement. Insofern würde ich mir wünschen, das Thema Engagementförderung auch in die Schule hineinzutragen. Dies kann gelingen durch Projekte wie „Lernen durch Engagement“ oder verpflichtende Möglichkeiten, in die Strukturen des Ehrenamts hineinzuriechen. Und Sie haben es angesprochen, die Beendigung von Schülerinnen und Schülern, 80 Prozent sehen die Anforderungen bei Schule und Ausbildung als möglichen Beendigungsgrund. Das macht mir insofern Sorgen, als dass die Notwendigkeit hier besteht, entgegenzuwirken, wie beispielsweise mit dem Programm „Lernen durch Engagement“. Bei den Vorstands- und Leitungsfunktionen hat Herr Leven angesprochen, dass es keinen Rückgang gab. Wir müssen aber davon ausgehen, dass das ein

Sorgenkind ist, war und bleibt. Denn wir haben einerseits eine Entwicklung, dass wir mehr Vereine haben, die Zunahme an Vereinszahlen immer noch bundesweit feststellen können. Auf der anderen Seite aber einen Rückgang oder eine Stagnation bei den Vorstands- und Leitungsfunktionen. Deswegen haben wir die Sorge, dass wir zu wenige Menschen gewinnen, die sich in den Leitungs- und Vorstandsfunktionen bewegen, wie von meiner Vorrednerin angesprochen, insbesondere auch bei Frauen, wenn es darum geht, in Vorständen mitzuwirken. Gerade Sport und die Katastrophenhilfe zeigen es, dass sie deutlich männlich dominiert sind und insbesondere auch unter jüngeren Menschen wir zu wenige haben, die in Vorstands- und Leitungsfunktionen mitwirken. Da braucht es Programme, die dem entgegenwirken. Neun von zehn Menschen im Engagement nutzen die Digitalisierung und sind auch bereit, sich diesem Thema zu widmen. Aber die Strukturen der Vereine haben das noch nicht abgebildet. Es braucht Programme, die diese Bereitschaft, sich digital zu engagieren, auch entsprechend abbilden. Und auch die Strukturen müssen darauf vorbereitet werden und begleitet werden, sich der Digitalisierung stärker zu widmen. Die DSEE hat das eine oder andere Programm mit „100xDIGITAL“ auf den Weg gebracht, aber das wird nicht ausreichen, um die komplexen Anforderungen der Digitalisierung auch entsprechend zu unterstützen. Letzter Punkt: Anerkennung. Wie sicherlich nicht unbekannt, wünschen sich Ehrenamtliche mehr Anerkennung für ihr Engagement. Der Deutsche Engagementpreis wird am Freitag verliehen und ich würde mir wünschen, wenn auch viele dabei sind, um die Anerkennung den Ehrenamtlichen zugutekommen zu lassen. Wir versuchen, dem mit dem Ehrentag, den der Bundespräsident ausgerufen hat, das erste Mal am 23. Mai 2026, entgegenzuwirken, in dem wir genau dafür sorgen wollen, dass sich Engagierte, deren Bereitschaft eben dokumentiert wurde, sich stärker in die Vereine begeben und so bundesweit eine Kampagne für mehr Nachwuchs in den Vereinen zu sorgen. Und ein weiteres Thema sind die Ehrenamtskartenformate, die von mittlerweile fast allen Bundesländern herausgegeben werden. Hier braucht es eine stärkere Digitalisierung, nicht nur der Länder, bei den Ehrenamtskartenformaten, vielleicht auch eine Anerkennung im Bereich des Gemeinnützigkeitskatalogs. Denn diese Leistungen, die über Ehrenamtskartenformate bislang angebo-



ten werden, würden entsprechend steuerpflichtig werden. Auch hier würde ich mir wünschen, dass es entsprechend von Seiten dieses Hauses Unterstützung findet und vielleicht bis hin zu bundesweiten Angeboten über bundesweite Ehrenamtskartenformate nachgedacht würde. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Die **Vorsitzende**: Ganz herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. Wir haben jetzt eine Fragerunde vorgesehen, wieder mit unterschiedlichen Minuten nach Fraktionsanteil. Wichtig ist nur wieder im Blick zu behalten, dass Fragen und Antworten in dem jeweiligen Budget enthalten sind. Und es startet wieder die Union mit Abg. Jens Lehmann. Bitte schön.

Abg. **Jens Lehmann** (CDU/CSU): Vielen Dank. Frau Vorsitzende. Ich habe die erste Frage an Frau Dr. Schwalb. Dieser Rückgang der Freiwilligendienste ist zu verzeichnen. Sehen Sie da einen Zusammenhang? Wir haben gelesen, dass wenige oder einige mehr machen. Ist das ein Grund oder eine Folge? Wie sehen Sie das?

Dr. Lilian Schwalb (BBE): Dass sich einige...

Abg. **Jens Lehmann** (CDU/CSU): Dass ich einige viel engagieren, aber insgesamt die Menschen zurückgehen?

Dr. Lilian Schwalb (BBE): Mein Eindruck ist, dass die Daten nachweisen, dass es Menschen gibt, die sich mehrfach engagieren – ganz besonders. Diejenigen, die sich engagieren, die machen das in einem besonders zeitlich stärkeren, intensiveren Ausmaß und auch häufig mit mehreren Engagements. Und zugleich gibt es aber auch einige Prozentpunkte Rückgang beim Engagement. Und ich denke, da kann auch Engagementpolitik ganz gut ansetzen. Nämlich zum einen eben Menschen, die sich nicht engagieren, aber die eine Bereitschaft zeigen, sich zu engagieren, zu gewinnen. Und zum zweiten diejenigen, die eben sich mehrfach engagieren und zum Teil auch an ihre Grenzen geraten, zu entlasten.

Abg. **Jens Lehmann** (CDU/CSU): Danke. Dann habe ich eine Frage an Herrn Leven. Wenn ich das richtig verstanden habe, gibt es keinen Unterschied zwischen Ost und West. Das ist sozusagen querbeet, Sachsen ist auf niedrigem Niveau, zumindest eine Steigerung habe ich vernommen, freut mich. Was mich interessieren würde, Sie haben von dem

Potenzial gesprochen. Das ungefähr gleichgeblieben. Haben Sie das einmal ausgewertet, wie viel aus dem Potenzial dann tatsächlich ins Ehrenamt gekommen sind?

Ingo Leven (Verian): Was wir betrachten können, ist, wie viele Menschen in den letzten Jahren ihr Engagement begonnen haben. Da sieht man dann, was in den letzten Jahren an Potenzial gehoben wurde mit dem aktuellen Freiwilligensurvey. Das wird Gegenstand des Berichtes sein. Lassen Sie mich eine Sache noch klarstellen, wenn wir jetzt Ost- und Westvergleiche anstellen, dann stellen wir fest, dass der Anteil, der Unterschied im Engagement zwischen Ost und West immer noch da ist und dass er im Gegensatz zu den letzten Jahren nicht kleiner geworden ist, sondern bei den fast gleichen Werten in der Nachkommastelle sogar noch verblieben ist. Das heißt, die Schere zwischen Ost und West geht nicht weiter zu, wie das sonst der Fall war, und die Schere in der Schulbildung geht nicht weiter auf. An der Stelle dann eine positive Nachricht, bei der anderen Schere hat es jetzt mal so ein bisschen die letzten fünf Jahre geklemmt.

Abg. **Jens Lehmann** (CDU/CSU): Danke schön. Dann habe ich eine Frage an Herrn Holze. Sie haben als positiv verkauft, Rückgang der Schulbildung auf hohem Niveau, das haben Sie gesagt, Herr Leven. Ist das jetzt ein gutes Zeichen, dass das gemischt wird? Oder ist es eher ein schlechtes Zeichen, wie ich es interpretiere, dass es weniger Menschen werden, die sich engagieren? Das wäre für mich eine Frage.

Jan Holze (DSEE): Wir haben grundsätzlich das Problem, dass Engagement mit Bildungsgrad zusammenhängt. Je höher der Bildungsgrad, desto höher auch die Bereitschaft oder das Involvement im Engagement. Wenn jetzt also diejenigen, die niedrigen Bildungsgrad aufweisen, auf niedrigem Niveau verbleiben, und die, die auf hohem Bildungsgrad sind, zurückgehen, dann müssen wir uns Sorgen machen über alle Bildungsgruppen und quasi an allen Bildungsgruppen ansetzen, damit sie in ein Engagement finden. Insofern halte ich das für besorgniserregend.

Ingo Leven (Verian): Wenn ich noch ergänzen darf. Was wir auch beim Engagementpotenzial sehen, ist leider, dass bei den besser Gebildeten das Engagementpotenzial unter den nicht Engagierten deutlich



höher ist. Das wird uns auch nicht einzahlen, dass das hier gleich verteilt ist, sondern leider ist das auch sehr stark von der Bildung abhängig unter den nicht Engagierten.

Abg. **Jens Lehmann** (CDU/CSU): Dann habe ich noch eine Frage an alle, denn Sie schreiben, dass die jungen Leute doch besonders stark engagiert sind – oder? Der Bericht schreibt das. Und was macht man mit den Älteren? Es gibt doch eine ganze Menge, die in Ruhestand gehen. Warum gehen die verloren? Und was kann beispielsweise Politik machen, um die Leute zu motivieren, weiterzumachen oder sich ehrenamtlich zu engagieren.

Dr. Lilian Schwalb (BBE): Tatsächlich ist es so, dass wir eine unglaubliche Chance haben, mit dieser großen Generation der Babyboomer, die aktuell kurz vor der Rente stehen oder in Rente gehen und die überhaupt noch nicht gewonnen sind zum größten Teil. Da können Übergänge gut gestaltet werden. Wir wissen aus aktuellen Studien, dass gerade vor dem Renteneintritt im Grunde angesetzt werden könnte. Und dafür kann geworben werden. Darauf kann aufmerksam gemacht werden. Es kann Anerkennung gezollt werden dem Engagement und es können Wege aufgezeigt werden, welche Möglichkeiten es auch in der nachberuflichen Phase für Engagement gibt. Das ist sicher ganz relevant.

Jan Holze (DSEE): Darf ich noch ergänzen, dass da die Herausforderung besteht, insbesondere dem Thema Einsamkeit vorzubeugen. Geselligkeit und Zusammenkommen, Kontakte, sind ein wesentlicher Motivationsfaktor, warum man sich engagiert. Das Problem ist nur, dass viele ältere Mitbürger die Geselligkeit dadurch ausnutzen, dass sie zum Arzt gehen und damit dem Gesundheitssystem eine Last werden. Wir müssen sie stärker darüber aufklären, dass das Ehrenamt eine Chance ist, sich zu engagieren und mit Menschen zusammenzukommen und auch den Tagesablauf zu strukturieren. Dafür braucht es aber auch Aufklärung, entsprechende Kampagnen und insbesondere von Arbeitgebern muss es stärkere Hinweise geben, was in der nach Dienstzeit an Möglichkeiten besteht. Ich kenne da Formate der Polizei, wo das angeboten wird. Ich glaube, da kann man noch viel mehr tun.

Ingo Leven (Verian): Ergänzend von meiner Seite aus, genau um diese Räume geht es und es geht

genau um diesen zeitlichen Aspekt, dass es nicht erst dann einsetzen darf, wenn es um die Verrentung geht, wenn sie unmittelbar erfolgt ist, sondern dass hier schon früher angesetzt werden muss und dass auch schon vorher Teil der eigenen Lebensführung ist, was dann vielleicht auch noch einmal zeitlich besser ausgeweitet werden kann, wenn die Verrentung dann auch wirklich vollzogen ist.

Abg. **Jens Lehmann** (CDU/CSU): Vielen Dank. Diese Frage geht auch an alle, sagen wir, es ist genau die andere Richtung. Was erwarten Sie, denn das ist Ländersache, wie kann man denn an Schulen das Ehrenamt noch mehr stärken oder so bekannt machen und verinnerlichen, dass man das auch weiter fortführt?

Jan Holze (DSEE): Ich bin ein großer Skeptiker der Pflichtjahresdebatte. Entschuldigung, dass ich das Ihnen gegenüber gerade sagen muss. Nichtsdestotrotz schaue ich mir Modelle wie in Frankreich an, wo es verpflichtend ist, im Rahmen der Schulzeit entsprechende Wochen und Monate zu erbringen, sich in gemeinnützigen Trägern zu engagieren. Deswegen würde ich mir wünschen, den Blick stärker darauf zu richten, im Rahmen von Schule den Zugang zu THW, Feuerwehr, Sportverein zu ermöglichen, sich dort zu engagieren und nur das als Voraussetzung für einen entsprechenden Abschluss zu machen. Weiterhin gibt es Projekte oder Programme wie „Lernen durch Engagement“, wo man quasi Unterrichtseinheiten mit gemeinnützigen Trägern verbindet, beispielsweise Biologieunterricht mit dem NABU, und dort entsprechend lernt, wie Insekten sich verhalten. Da gibt es unterschiedlichste Möglichkeiten. Ich glaube, da gibt es großes Potenzial, das noch auszubauen.

Dr. Lilian Schwalb (BBE): Wenn ich ergänzen darf. Ganz relevant ist es, von vornherein auch junge Menschen zu hören, ihnen Sichtbarkeit zu verschaffen, sie ernst zu nehmen. Das sehen wir gerade in den aktuellen politischen Diskursen, dass junge Menschen sich häufig nicht gehört fühlen und sehen. Und das ist, glaube ich, eine grundsätzliche Voraussetzung, um überhaupt auch mehr Teilhabe zu ermöglichen. Der zweite Punkt ist, dass wir ja auch die Freiwilligendienste haben und diese auch noch bekannter zu machen. Hier Zugänge zu schaffen, Möglichkeiten zu schaffen, Freiwilligendienste als Bildungsorte wahrzunehmen, gerade auch in der Zielgruppe der jungen Menschen. Das ist auch von großer Relevanz.



Ingo Leven (Verian): Wenn ich noch abschließend ergänzen darf, der Raum Schule mit zehn Jahren Schulpflicht in Deutschland ist eigentlich der beste Ort, um schon einmal erste Demokratie einzuüben. Mitbestimmungsmöglichkeiten erfahrbar zu machen im Schulalltag wäre auch ein guter Schritt, um auch schon Richtung Engagement zu führen. Da sehen wir aber auf Basis der letzten Shell Jugendstudie 2024, dass die Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Schule deutlich schlechter eingeschätzt werden als in Ausbildung, Studium und Beruf. Und ich glaube, da ist noch sehr viel Luft nach oben. Danke schön.

Abg. **Jens Lehmann** (CDU/CSU): Jetzt noch einmal eine Frage in die Zukunft. Was erwarten Sie vom nächsten Bericht, was jetzt vielleicht noch nicht untersucht worden ist, was nicht drinsteht. Frage ebenfalls an alle drei.

Dr. Lilian Schwalb (BBE): Ich bin ganz besonders gespannt auf die Länderberichte und den Vergleich zwischen den Bundesländern, weil sich hier doch Unterschiede herauskristallisieren. Wir wissen alle, Engagement findet im lokalen Raum statt, vor Ort. Und dort zeigen sich auch die Unterschiede ganz deutlich in den Engagementstrategien und Engagementpolitiken der jeweiligen Länder. Da schauen wir auch als BBE ganz interessiert darauf. Alle Bundesländer sind bei uns auch Mitglied im BBE. Wir arbeiten sehr intensiv zusammen, auch im Rahmen des BBE-Länderforums und da ist es natürlich von hohem Interesse, da auch Unterschiede auszuwerten, zu interpretieren und dann auch anzuknüpfen mit guten Engagementpolitiken.

Katarina Peranić (DSEE): Noch einmal zum Thema digitales Engagement. Hier gab es Veränderungen im aktuellen Survey. Da würden wir uns wünschen, dass das noch einmal beim nächsten Mal aufgegriffen wird, insbesondere wenn wir uns die Entwicklung im Kontext von KI anschauen. Da wird sich wahnsinnig viel ändern.

Die **Vorsitzende**: Ganz herzlichen Dank. Damit geht das Fragerecht jetzt an die AfD-Fraktion. Herr Abg. Schieske, bitte.

Abg. **Lars Schieske** (AfD): Vielen Dank. Der Freiwilligensurvey 2024 zeigt, mit 36,7 Prozent engagieren sich weiterhin viele Menschen freiwillig. Und ein Großteil der Engagierten wollen natürlich auch weitermachen. Positiv ist außerdem die hohe Engagementbereitschaft junger Menschen.

Und gleichzeitig macht der Bericht aber auch deutlich, dass es strukturelle Probleme gibt und deshalb folgende Fragen: Wie hoch ist der Anteil des Rückgangs, der auf gesellschaftliche Veränderungen und wie viel auf die strengere Anwendung des Kriterienkatalogs zurückzuführen ist? Hier ist zu lesen, dass bei bestimmten Verstößen gegen Kriterien, die herausgenommen wurden, welche Kriterien sind das genau?

Die **Vorsitzende**: Herr Leven.

Ingo Leven (Verian): Ja genau, das ist eine Frage, die in meine Richtung zielt. Das, was wir gemacht haben, war, systematisch die Angaben zu betrachten. Wir haben da auch entsprechend darauf geachtet, dass Menschen, die Angaben dazu gemacht haben, sie zum Beispiel in einem Chor singen, dann war die Frage auch, tritt denn dieser Chor öffentlich auf oder ist das etwas, was nur im eigenen Kämmerlein stattfindet? Da haben wir entsprechend sehr konsequent durchgeprüft und sichergestellt, dass dieses in der Öffentlichkeit stattfinden stärker berücksichtigt wurde, als das vorher der Fall war. Deswegen ist da ein bisschen mehr rausgefallen. Das ist aber nicht in dem Maße so durchschlagend der Fall, dass es die Quote deswegen so stark abgesenkt hat. Und was wir auch nicht machen können, ist, jetzt einzelnen gesellschaftlichen Ereignissen zuzuschreiben, wie hoch deren Anteil ist. Das ist uns nicht möglich. Dafür haben wir hier eine Trenduntersuchung, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten eine Befragung durchführt. Was in der Zwischenzeit passiert, können wir nicht abbilden. Dafür braucht es Längsschnittstudien. Das ist der Freiwilligensurvey nicht.

Abg. **Lars Schieske** (AfD): Zum Thema Belastung und Zeitmangel. Welche Faktoren erklären die starke zeitliche Belastung der Engagierten und welche Maßnahmen empfiehlt der Bericht, um zeitliche Hürden zu senken?

Ingo Leven (Verian): Wir haben in unserem Bericht erst einmal gar nicht den Anspruch, Empfehlungen auszugeben, sondern erst einmal zu zeigen, was ist. Ich denke, dass es wichtig ist, zur Kenntnis zu nehmen, dass diese zeitliche Belastung da ist. Wir sehen das an den Frauen, auf die ich schon eingegangen bin, in ihrer Rushhour des Lebens zwischen 30 und 49 Jahren, dass dort die Quote so stark zurückgegangen ist. Das hat etwas mit Verdichtung



der eigenen Lebensführung zu tun. Da müssen wir auch noch einmal für den Hauptbericht genauer hinschauen, inwieweit das auch damit zu tun hat, dass da auch vielleicht die Erwerbstätigkeit noch einmal stark gestiegen ist unter denjenigen, die dann auch Kinder haben. Also – Stichwort – auch Preissteigerungen, die sich dann auch in familiären Budgets niederschlagen, dass dann Erwerbstätigkeit einem freiwilliges Engagement vorgezogen wird. Von daher ist da jetzt nicht der Anspruch, unmittelbar Empfehlungen auszusprechen, sondern vor allem zu beschreiben, was ist. Daraus leiten sich dann auch entsprechende Empfehlungen ab.

Abg. Lars Schieske (AfD): Das wäre meine nächste Frage gewesen, woran man den Rückgang bei Frauen zwischen 30 und 49 Jahren festmacht. Ich hätte hier einmal die Frage gestellt, welche Rolle spielen Vereinbarkeit Arbeitsbelastung und Betreuungsstrukturen? Können Sie dazu schon etwas sagen oder kommt das dann erst?

Ingo Leven (Verian): Es wird sicherlich noch erst kommen. Aber was natürlich auch zu sehen ist, wenn wir auf die unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereiche schauen, dass auch im Bereich Schule/Kindergarten der Rückgang noch einmal größer ist als zum Beispiel im sportlichen Bereich. Von daher lässt sich daraus schließen die Frage von Engagementgelegenheiten, wie viel findet dann eigentlich auch noch in Kita und Schule statt? Wie sehr sind die dort beschäftigten Menschen zeitlich so überlastet, dass Engagementgelegenheiten für angeschlossene Leute, nämlich die entsprechenden Familien, sich reduziert haben, ursächlich dafür, dass es so stark zurückgegangen ist und sich dann irgendwann niederschlägt bei den Menschen, die das früher deutlich häufiger gemacht haben. In dem Fall halt auch zum Beispiel die Frauen dieser Altersgruppe.

Abg. Lars Schieske (AfD): Sie schreiben in Ihrem Bericht mehr Zeit pro Person, aber weniger Engagierte. Wie erklärt der Bericht die wachsende Intensität bei gleichzeitig sinkender Gesamtquote und wird dadurch eine kleine, überlastete Kernstruktur von Ehrenamtlichen entstehen? Sehen Sie die Gefahr?

Ingo Leven (Verian): Diese Gefahr müssen wir definitiv im Auge behalten. Und ich denke, das ist das, was wir auch beschreiben können, wenn Menschen ihr Engagement zeitlich reduzieren. Das erste

Beispiel ist, wenn ein Mensch, der früher drei Kurse für Schwimmanfängerinnen und -anfänger gegeben hat, zukünftig nur noch zwei gibt, dann ist die Frage, ob der, der bislang viel gegeben hat, dann noch einen fünften übernimmt, damit weiterhin, wenn wir pro Kurs zehn Menschen annehmen, 70 junge Menschen schwimmen lernen. Dann macht das natürlich deutlich und es stellt sich die Frage, wenn man solche Strukturen aufrechterhalten will und vielleicht nicht noch neue Leute dafür gewinnen kann, verteilt sich das auf weniger Schultern? Und ist das wirklich gesund für solche Strukturen und natürlich auch gesund für Menschen, die sich engagieren und das auch weiterhin aufrechterhalten wollen? Solche Angebote dürfen und sollen nicht zu Überlastung führen. Wir sehen nur, dass unter den Beendigungsgründen halt auch für etliche Menschen die persönliche Belastung eine starke Rolle gespielt hat. Und von daher dürfen wir das definitiv nicht aus den Augen verlieren.

Abg. Lars Schieske (AfD): Welche Schritte plant die Bundesregierung, um Ehrenamtliche zeitlich zu entlasten und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern?

Dr. Babette Kibele (BKAm): Ich glaube, der schon vielfach zitierte digitale Anlass kann vor allen Dingen Zeit sparen. Also dass wir versuchen, mit digitalen Instrumenten Zeiten zu ermöglichen, Bürokratie abzubauen und dann eben mehr Zeit für das faktische Engagement vor Ort zu ermöglichen. Da setzen wir viel Hoffnung hinein und hoffen, dass wir da in den nächsten Monaten gut weiterkommen.

Abg. Lars Schieske (AfD): Wie will die Bundesregierung Menschen mit niedriger Bildung gezielt für das bürgerliche Engagement begeistern?

Dr. Babette Kibele (BKAm): Ich glaube, was vorhin kam, dass die zehn Jahre Schule ein großes Pfund sind, wo wir vielleicht auch für Engagement und für solche Tätigkeiten werben müssen. Wir müssen dort für den Sport Begeisterung werben, wir müssen dort für musische Begeisterung werben und wir müssen dort dafür werben, dass man sich gesellschaftlich engagieren kann. Da haben wir die jungen Leute, die wir für solche Tätigkeiten begeistern können. Ich weiß es aus meinem Bereich, das THW geht viel in Schulen. Vielleicht schaffen wir es noch mehr, dass Institutionen in



Schulen gehen, wirklich mal ein bisschen Engagement zum Anfassen und darüber Begeisterung bei den Kindern wecken.

Abg. **Lars Schieske** (AfD): Welche konkreten Schritte plant die Bundesregierung, um das Engagement in den neuen Bundesländern zu fördern?

Dr. Babette Kibele (BKAm): Auch da ist es so – und das ist der Staatsministerin, die aus Sachsen bekanntermaßen kommt, sehr wichtig, – vor Ort zu sein. Es ist ganz wichtig, dass wir hier diskutieren, dass wir in Berlin viele Diskussionsrunden machen. Und mindestens genauso wichtig ist, dass wir vor Ort sind, dass wir vor Ort Roadshows machen, dass Anerkennung vor Ort gezeigt wird sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern.

Die **Vorsitzende**: Die Zeit ist komplett ausgeschöpft. Das Fragerecht geht an die SPD-Fraktion und da stelle ich noch einmal Fragen. Ich erlaube mir da eine kleine Bemerkung. Noch einmal dieses Machtgefälle, das hatten wir auch schon beim Engagement zwischen Frauen und Männern. Ich glaube, hier sind mehrere, die auch bei „Sterne des Sports“ öfter dabei waren, wenn dann Preise vergeben werden. Und ich weiß, dass mir bei meinem ersten Besuch sehr aufgefallen ist, immer wenn diese Filme gezeigt werden von vor Ort, sah man unglaublich viele Frauen, die da in den Hallen mitgemacht haben und immer dabei waren. Die Leute, die auf die Bühne gingen, um die Preise entgegenzunehmen, waren fast ausschließlich Männer. Das konnte man nicht *nicht* sehen. Einige haben es aber trotzdem nicht gesehen und ich frage mich – und da schließt sich doch schon einmal eine Frage an – spielt das eigentlich vor Ort eine Rolle? Gibt es auch diese Frustrationsfaktoren? Wir reden immer nur über Bürokratieabbau und so etwas, was richtig ist. Aber gibt es auch in diesen Strukturen Frustrationsfaktoren, wo einige sagen, nee, da mache ich nicht weiter? Vielleicht die Stiftung?

Jan Holze (DSEE): In der Tat ist das ein Thema. Das hängt mit Gremienkultur zusammen, mit Sitzungskultur, wann man Zeiten ansetzt, wann und wie die Gremien strukturiert sind, in welchen Rhythmen man denkt, welchen Wahlrhythmen. Da sehe ich die Aufgabe gar nicht so sehr bei der Politik, sondern bei den Vereinen und Organisationen, selbst für eine Kultur des Hinsehens und der

Vielfalt zu sorgen. Beispielsweise wenn wir das Thema Kinderschutz nehmen oder Gewaltschutzprävention, dann hat es einen wesentlich höheren Erfolgsfaktor, wenn mindestens eine Frau in den Führungsgremien vertreten ist. Und das sind Themen, die müssen stärker auch in die Strukturen getragen werden, dass es eine Chance ist, wenn man Ehrenamt gewinnen will und für die Strukturen, für die Zukunft der Vereinsstruktur sorgen will, dass man auch die Vielfalt der Gesellschaft in den Führungsstrukturen abbildet. Entschuldigung, dass ich mir das so erlaube an dieser Stelle, wie es manchmal in der Politik so ist, so ist es auch in der Vereinsstruktur. Da muss man dann erst einmal dafür sorgen, dass dann auch Platz gemacht wird.

Die **Vorsitzende**: Es ist doch schön, dass es auch einmal gesagt wird. Herr Holze, darf ich Sie noch einmal bitten, weil Sie eben länger auch zum informellen Engagement ausgeführt haben. Können Sie einige Beispiele nennen? Was muss man sich darunter vorstellen?

Jan Holze (DSEE): Informelles Engagement sind diejenigen, die einfach etwas machen wollen und nicht erst darauf warten, dass sie eine Vereinsstruktur gründen. Die wollen ein Nachbarschaftsfest organisieren. Das sind Selbsthilfegruppen, die sich bestimmten Herausforderungen unter Gleichgesinnten zuwenden wollen. Das sind Lesezirkel, das sind verschiedenste Strukturen, wo etwas gemacht wird, ohne dass man sich erst mit Amtsgerichten, Vereinsregistern, Finanzämtern, gemeinnützigkeitsrelevanten Strukturen auseinandersetzen will. Nur das Problem ist, dass der Staat auf diese Strukturen nicht wirklich vorbereitet ist, wenn es darum geht, sie zu unterstützen. Und dementsprechend braucht es, wie soll ich sagen, auch innerhalb der Exekutive das Wissen rund um dieses informelle Engagement und Möglichkeiten, dieses zu unterstützen. Und da muss man eben über die Gemeinnützigkeit und über das Vereinsregister hinausdenken, um diese Strukturen nicht nur finanziell, sondern auch mit Beratung und Begleitung zu unterstützen.

Die **Vorsitzende**: Herr Leven, da brauchen wir auch Sie für. Würden Sie sagen, dass die Messinstrumente ausreichen, um zum Beispiel auch dieses informelle Engagement in ausreichendem Maße zu berücksichtigen?

Ingo Leven (Verian): Ich glaube, da sind wir dann



auch gut beraten, immer wieder hinzuschauen und nicht nur vielleicht alle fünf Jahre. Das könnte definitiv auch mal für die Freiwilligensurvey ein guter Anlass sein, genauer hinzuschauen. Der Freiwilligensurvey ist erst einmal grundsätzlich offen dafür, weil wir nicht danach fragen, ob du das dann in einem eingetragenen Verein machst und wenn du das nicht machst, dann bist du nicht mehr Teil von uns, sondern das ist entsprechend offen gestaltet. Ob wir wirklich alles immer abgreifen, ob das wirklich umfassend ist und ob das, was wir vor zehn Jahren darunter verstanden haben, das ist, was wir jetzt vielleicht abfragen, weil die Menschen das auch so verstehen. Aber was wirklich neu ist, da müssen wir wirklich noch einmal ein bisschen genauer hinschauen. Nicht, dass wir da einen blinden Fleck haben und wir gar nicht wissen, wie groß er ist.

Die **Vorsitzende**: Sie hatten vorhin fast alles Beispiele bis in die Mitte Deutschlands genannt. In den Norden sind Sie vorsichtshalber nicht gegangen. Aber ich wollte doch noch einmal fragen, gibt es denn auch irgendwo Steigerungen, die Sie nennenswert finden, oder ist das nirgendwo der Fall?

Ingo Leven (Verian): Wenn wir uns die Bundesländer anschauen, dann ist Sachsen leider wirklich das einzige Bundesland, was gegen den Trend leicht angestiegen ist. Da hilft uns auch nicht der Blick in den Norden oder in den Süden. Da sind wir überall mit Rückgängen konfrontiert.

Die **Vorsitzende**: Ich schaffe keine letzte Frage mehr, sonst hätte ich gern noch einmal nach dem Teil der Bevölkerung gefragt, der noch nicht genug erreicht werden kann. Aber das machen wir dann ein anderes Mal. Vielen Dank. Ich gebe dann weiter an Bündnis 90/Die Grünen. Abg. Tina Winklmann, bitte.

Abg. **Tina Winklmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Danke, Frau Vorsitzende. Vielen Dank noch einmal für Ihre Ausführungen. Was mich interessieren würde, wir wissen alle, uns gehen Eltern verloren im Engagementbereich. Wir haben immer mehr Engagierte mit Migrationshintergrund, haben wir gehört. Aber hier haben wir noch einmal neue Themen zu sagen, wie können wir diese Menschen einfach noch besser gewinnen und halten? Was gibt es hier beim BBE oder der DSEE für Mittel? Was sind Ihre Förderinstrumente? Herr Holze, Sie haben von der Ehrenamtskarte gesprochen. Die wird sehr

unterschiedlich in Deutschland ausgegeben. In Bayern fast flächendeckend bis auf zwei Landkreise und sehr wirksam. Sie meinten eben bundesweite Angebote. Da würde mich interessieren, welche Vorschläge Sie haben. Die Ehrenamtskarte wird bei uns immer in einem schönen Rahmen verliehen, die Ehrenamtlichen damit wirklich noch einmal geehrt. Wie könnte man das bundesweit ausbauen mit Angeboten?

Dr. Lilian Schwalb (BBE): Dann starte ich mal mit den unterrepräsentierten Zielgruppen im Engagement. Dazu gehören Menschen mit Migrationshintergrund nach wie vor, auch wenn wir sehen im Freiwilligensurvey, dass der Rückgang bei diesen Menschen geringer ist als insgesamt im Engagement interessanterweise. Was wir versuchen, im BBE zu bewirken, ist, überhaupt diese unterrepräsentierten Gruppen, dazu gehören auch andere Gruppen, die wir gerne inkludieren würden, stärker in den Blick zu nehmen, für sie besondere Formate anzubieten und vor allem auch Strukturen, also Organisationen zu bewegen, Mitglied zu werden im BBE und sich zu beteiligen an unseren Diskursen, an unseren Formaten. Seit über zehn Jahren machen wir das zum Beispiel für die Gruppe der MigrantInnenorganisationen. Da muss ich sagen und das ist auch ganz wichtig, dass wir da auf Strukturförderfragen noch besonders blicken bei diesen Organisationen, die häufig eben auch nur kurzfristig oder gar nicht gefördert und gestärkt sind und dadurch eben Schwierigkeiten haben, auch so wie andere Organisationen gesehen zu werden. Das ist ganz relevant.

Katarina Peranić (DSEE): Bei der DSEE ist es so, dass wir sehr konkrete Angebote haben. Das Programm „FuturE“ haben wir heute schon zwei, drei Mal erwähnt. Das ist ein Führungsnachwuchskräfte-Programm für ehrenamtliche Leitungspositionen. Hier schauen wir insbesondere darauf, dass wir Menschen mit im Programm haben, die eben nicht so stark repräsentiert sind in diesen Führungspositionen. Wir haben ganz konkrete Förderprogramme, wo es Kriterien gibt, wo Projekte eine besonders gute Bewertung erhalten, die Programme entwickeln und Vorhaben, die diese Menschen inkludieren und Konzepte entwickeln bei der Nachwuchsgewinnung. Wir hatten ganz am Anfang den Engagementgewinner im Engagementwettbewerb, wo Vereine ihre Idee einreichen konnten. Wie können wir ganz neue Menschen gewinnen,



die bei uns mitmachen? Daraus ist eine Broschüre entstanden und wir forschen auch zu dem Thema in Kooperation mit Forschungseinrichtungen. Also das haben wir wirklich so überall mit drin.

Dr. Lilian Schwab (BBE): Vielleicht darf ich noch ganz kurz, bevor Du auf die Ehrenamtskarte zu sprechen kommst. „Menschen stärken Menschen“ ist ein ganz wichtiges Bundesprogramm und ich kann nur dafür werben, dieses Programm fortzusetzen. Niedrigschwelliger Ansatz, Patenschaften und Mentoringship, da betrachten wir gerade auch Menschen, die durch Bildungsungleichheiten, aber auch aufgrund ihres Migrationshintergrundes noch nicht ausreichend berücksichtigt sind.

Jan Holze (DSEE): Das, was sich Ehrenamtliche am meisten wünschen in Ehrenamtskartenformaten, ist Mobilitätsunterstützung. Sie erinnern sich an die Juleica, Jugendleiter*innen-Card. Damals war inkludiert eine Bahncard 25. Insofern gibt es natürlich durchaus Möglichkeiten als Gold Standard, wenn es um bundesweite Angebote geht, Mobilitätsunterstützung zu leisten. Aber natürlich kann man auch jetzt an den Silber- und Bronzestatus bei Unterstützung, Zugängen zu Museen zu ermöglichen, oder wenn wir bei der Europameisterschaft 2029 sind, würde ich mich freuen, wenn wir dann beispielsweise einen gemeinsamen Block ermöglichen für Ehrenamtskarteninhaberinnen und -inhaber. Aber es zeigt sich auch, dass die meisten Angebote im Nahbereich umgesetzt werden und es trotzdem zu Problemfällen kommt, wenn man beispielsweise an der Landesgrenze wohnt und dort im Nahbereich die Angebote des Nachbarlandes nicht wahrnehmen kann. Insofern gibt es durchaus Herausforderungen, die man bundesweit lösen kann.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Damit gehen wir noch einmal zur Fraktion Die Linke. Frau Abg. Eißing, bitte.

Abg. **Mandy Eißing** (Die Linke): Vielen Dank. Ich habe drei Fragen an die Sachverständigen und dieselbe Bitte wie vorhin, lassen Sie mir noch 20 Sekunden. Ich habe da noch eine Frage an die Bundesregierung. Einen Satz dazu, wie hat sich die Engagementquote entwickelt von dem ersten Bericht 1999 bis heute? Wie ist die Einschätzung, warum ist gerade die Engagementquote bei den Höhergebildeten zurückgegangen? Das hätte ich gern noch gewusst. Wie beeinflusst nach Ein-

schätzung der Sachverständigen der Sozialabbau das freiwillige Engagement?

Die **Vorsitzende**: Ich glaube, Herr Leven.

Ingo Leven (Verian): Wenn ich recht kurz für die Fakten sorgen darf, die Engagementquote ist seit 1999 deutlich gestiegen. Das hatte auch etwas mit der Umstellung 2009, 2014 zu tun. Nichtsdestotrotz haben wir da über sehr hohes Niveau berichten können. Wie gesagt, die Steigerung war dann noch einmal sehr deutlich. Das, was wir dann 2019 erlebt hatten, war eine Konsolidierung auf sehr hohem Niveau. Das, was wir jetzt gesehen haben, dass die Beteiligung gerade mit besserer Schulbildung so stark zurückgegangen ist, ist sicherlich auch in diesen Themenumfeldern geschuldet. Dass natürlich gerade freiwilliges Engagement auch besser Gebildeter durchaus unter Druck geraten ist mit dem, was wir an gesellschaftlichen Krisen, an gesellschaftlichen Situationen letztendlich haben, macht halt deutlich, da muss man auch bei besser Gebildeten entsprechend noch einmal stärker hinschauen. Das würde ich als erstes zu den Fakten sagen wollen.

Dr. Lilian Schwab (BBE): Soziale Ungleichheiten stehen ganz sicher in direktem Zusammenhang mit Fragestellungen von Engagementzugängen und Engagementmöglichkeiten. Ungleichheiten im sozialen Bereich gehen häufig auch mit Zeitfragen, mit finanziellen Mitteln, mit finanziellen Voraussetzungen, aber eben auch mit Einsamkeitsfragen oder Inklusionsfragen einher. Deswegen sehe ich da schon einen Zusammenhang, ja.

Abg. **Mandy Eißing** (Die Linke): Vielen Dank. Dann jetzt die nächste Frage an die Bundesregierung. Im Koalitionsvertrag steht, dass man die Vereinbarkeit von Familie und Ehrenamt verbessern möchte. Nun zeigt gerade der erschienene Freiwilligensurvey insgesamt einen leichten Rückgang von Engagement, insbesondere auch bei Gruppen wie Frauen und Kindern im Alter zwischen 30 und 49 Jahren, das wurde auch schon gefragt. Aber mit welchen strategischen Schwerpunkten und politischen Weichenstellungen wird die Bundesregierung die Ergebnisse des Survey aufgreifen, um dem allgemeinen Rückgang entgegenzuwirken und eine inklusivere, barrierereduziertere Engagementkultur für alle Bevölkerungsgruppen fördern?

Dr. Babette Kibele (BKAm): Wir haben die Ergebnisse jetzt auch seit kurzer Zeit auf dem Tisch



liegen. Es gibt noch den Hauptbericht. Wir werden noch zwei Sonderauswertungen in Auftrag geben und werden da schauen, welche Schwerpunkte wir setzen, und werden aus den Erkenntnissen dann auch Handlungen und Handlungsleitfäden ableiten.

Die **Vorsitzende**: Prima, ganz herzlichen Dank. Dann sind wir auch schon am Ende dieses Tagesordnungspunktes und dieser Runde. Ich möchte mich bei Ihnen, den Sachverständigen, sehr bedanken. Sie haben uns viele Stichworte und Wahrheiten zugerufen, die wir auch notiert haben. Aber wir haben jetzt eine Entwicklung noch vor uns. Der Hauptbericht wird noch kommen. Wir haben gerade noch von zwei Sonderauswertungen gehört. Das wird uns noch gemeinsam begleiten und wir werden uns bestimmt noch einmal zu diesen Ergebnissen austauschen. Herzlichen Dank Ihnen. Sie sind damit entlassen. Alle anderen nicht. Ich schließe damit also Tagesordnungspunkt 2 und wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 3. Ich habe mich noch gar nicht ordentlich bedankt, also danke noch einmal, dass Sie da waren. So, wir verabschieden Sie schon ordentlich.

allgemeine Beifallsbekundungen

Tagesordnungspunkt 3

a) Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Steueränderungsgesetzes 2025

BT-Drucksache 21/1974

und

b) Unterrichtung durch die Bundesregierung

Entwurf eines Steueränderungsgesetzes 2025 – 21/1974 –

Stellungnahme des Bundesrates und Gegenäußerung der Bundesregierung

BT-Drucksache 21/2470

Die **Vorsitzende**: Jetzt kommen wir zu TOP 3 a), das ist der Gesetzentwurf der Bundesregierung, Entwurf eines Steueränderungsgesetzes 2025 auf Bundestagsdrucksache 21/1974 und TOP 3 b), das ist die Stellungnahme des Bundesrates und Gegenäußerung der Bundesregierung zu diesem Gesetzentwurf auf Bundestagsdrucksache 21/2470. Der federführende Finanzausschuss hat das mitberatende Votum angefordert. Als Ressortvertreter darf

ich vom Bundesministerium für Finanzen jetzt noch einmal Herrn Dr. Per-Eric Eulau begrüßen. Wir haben uns in der Obleuterunde auf eine sehr kurze Runde geeinigt. Jeder Fraktion stehen drei Minuten zur Verfügung. Wir haben alle gesagt, die müssen nicht unbedingt genutzt werden. Wir hatten das Gefühl, das würde passen, auch etwas kürzer zu sein und mit gutem Beispiel voran geht jetzt Abg. Artur Auernhammer für die Unionsfraktion.

Abg. **Artur Auernhammer** (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben heute sehr viel über Ehrenamt diskutiert. Mit diesem Steueränderungsgesetz 2025 unterstützen wir das Ehrenamt und deshalb bitte ich um umfangreiche Zustimmung. Danke schön.

Die **Vorsitzende**: Das war sehr bündig. Vielen Dank. Dann kommen wir zur AfD-Fraktion. Das macht Abg. Jörn König.

Abg. **Jörn König** (AfD): Vielen Dank. Ich gehe nur auf drei Umdrucke ein. Das erste ist wirklich erfreulich, weil es beseitigt eine Peinlichkeit. Und zwar, dass diese 20 000 Euro, die Olympiaprämie, die schon heute viel zu gering ist, endlich auch steuerfrei ist. Und ich möchte Sie bitten, diesen Satz, den Sie selber geschrieben haben: „Die Spitzensportförderung benötigt einen Paradigmenwechsel, um Deutschland als Sportnation international wettbewerbsfähiger zu machen.“ einfach einmal zu beachten und endlich einmal umsetzen. 20 000 Euro sind wirklich lächerlich gering. Das war 2004 schon so, das hat heute eine Kaufkraft von gerade mal 12 000 Euro. Schon deshalb müsste man es erhöhen. Wir hatten mal 100 000 Euro gefordert. In Italien bekommt man 150 000 Euro. Bei dem Umdruck 8 zum E-Sport, da warnen wir. Deshalb würden wir uns zu dem Umdruck auch wirklich enthalten, weil E-Sport ist viel zu allgemein gefasst. Das muss genau definiert sein, dass es eben um Sport, um Spiele mit Sportbezug, geht und vor allen Dingen die Sportartnachbildung gehen muss. Ansonsten wird jeder Ego-Shooter, jedes Ballerspiel auch unter Gemeinnützigkeit plötzlich auch möglich. Und das Letzte ist, ich sage ganz offen, das geht in die richtige Richtung, ist aber viel zu wenig. Der Umdruck 10. Es geht um die Freigrenze bei sportlichen Veranstaltungen. Da wollen Sie von 45 000 Euro auf 50 000 Euro erhöhen. Wir haben vor zwei Jahren mit unserem Sportvereinsentlastungsgesetz schon 100 000 Euro



gefordert. Das würde in die richtige Richtung gehen. Aber weil das alles, was den Sport betrifft, hier in die richtige Richtung geht, werden wir uns als Sportpolitiker die Freiheit nehmen, dem Gesetz zuzustimmen.

Die **Vorsitzende**: Ganz herzlichen Dank. Dann kommen wir zur SPD-Fraktion. Das übernehme ich noch einmal. Ich schließe mich meinem Kollegen Artur Auernhammer erst einmal vollumfänglich an. Möchte vielleicht noch hinzufügen, dass wir mit diesen zwölf Änderungsanträgen doch wirklich sehr wichtige Verbesserungen auf den Weg gebracht haben. Und ich möchte an dieser Stelle doch schon noch einmal erwähnen die Steuerbefreiung für Prämien der Athletinnen und Athleten bei Olympischen und Paralympischen Spielen. Wir sprechen oft über die Anerkennung für die Leistungen unserer Sportlerinnen und Sportler. Das ist ein wichtiger Schritt dahin. Deswegen, das sehen wir genauso. Wir haben auch noch einmal die Klarstellung zur Sphärenregelung beim wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb, die Erhöhung der Freigrenze für sportliche Veranstaltungen auf 50 000 Euro. Das sind schon alles wichtige Maßnahmen, um Rechtssicherheit zu schaffen, Vereine zu stärken und eben auch das Ehrenamt im Täglichen zu unterstützen. Deswegen werden wir dem natürlich auch zustimmen als SPD-Fraktion. Damit gebe ich weiter an Bündnis 90/Die Grünen, Abg. Tina Winklmann.

Abg. **Tina Winklmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Danke, Frau Vorsitzende. Aus grüner Sicht müssen wir sagen, wir finden hier in den Änderungsanträgen ein paar wirklich sehr zu begrüßende Sachen. Sei es die Steuerbefreiung von Prämien bei Olympischen und Paralympischen Spielen, Erhöhung der Freigrenzen bei sportlichen Veranstaltungen und natürlich die Gemeinnützigkeit des E-Sport. Wir freuen uns auf die Abstimmung und wir freuen uns, dass es hier auch einige wichtige Punkte gibt, die unserem Sportdeutschland wirklich weiterhelfen. Danke schön,

Die **Vorsitzende**: Damit noch einmal zur Fraktion Die Linke, Frau Abg. Eißing.

Abg. **Mandy Eißing** (Die Linke): Vielen Dank. Wir sehen das insgesamt bei diesem Steueränderungsgesetz mit der Gießkanne entlastet, anstatt zielgerichtet und mit wirtschaftspolitischen Weitblick entlastet wird. Die Änderungen im Gemeinnützigkeitsrecht sind aber aus unserer Sicht überwiegend

positiv zu beurteilen. Durch die geplante Erhöhung der Steuervergünstigung könnte der Anreiz für ehrenamtliches Engagement für Menschen steigen. Davon könnten unmittelbar auch diejenigen Menschen profitieren, die als Mitglieder in den Vereinen aktiv sind oder an bestimmten Angeboten wie Jugendfreizeiten teilnehmen. Allerdings kann auch einer weiteren Monetarisierung des Ehrenamts Vorschub geleistet werden. Darüber hinaus kann kritisiert werden, dass von der Befreiung natürlich Personen mit einem hohen Einkommen mehr profitieren als Personen mit einem niedrigen Einkommen.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Das ist dann das Ende der Debatte. Das haben wir gut hinbekommen. Jetzt kommen wir aber noch einmal zu der Abstimmung der zwölf Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen auf Ausschussdrucksache 21(7)84. Wir stimmen über jeden Antrag gesondert ab. Das heißt, wenn wir das jetzt konzentriert machen, kommen wir auch da schnell und bündig durch. Im ersten Änderungsantrag geht es um die Steuerbefreiung von Prämien bei Olympischen und Paralympischen Spielen. Wer stimmt dafür? Das sind jetzt alle Fraktionen. Keiner dagegen, keine Enthaltungen, wenn ich das richtig sehe.

Der Ausschuss beschließt einstimmig Annahme dieses Änderungsantrages.

Die **Vorsitzende**: Im zweiten Änderungsantrag geht es um Unterkunfts-kosten bei einer doppelten Haushaltsführung im Ausland. Wer stimmt dafür? Das sind alle Fraktionen, außer die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? Das ist niemand. Wer enthält sich? Das ist Bündnis/90 Die Grünen.

Der Ausschuss beschließt Annahme diesen Änderungsantrages mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD, SPD und Die Linke bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Die **Vorsitzende**: Im dritten Änderungsantrag geht es um Berücksichtigung von Gewerkschaftsbeiträgen als Werbungskosten. Wer stimmt dafür? Das sind alle Fraktionen bis auf die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? Das ist die AfD-Fraktion. Enthaltungen? Keine.

Der Ausschuss beschließt Annahme dieses Änderungsantrages mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die



Grünen und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Die **Vorsitzende**: Im vierten Änderungsantrag geht es um Höchstbeträge für Parteispenden. Wer stimmt dafür? Das sind die Union, SPD und Die Linke. Wer stimmt dagegen? Das ist die AfD-Fraktion. Enthaltungen? Bündnis 90/Die Grünen.

Der Ausschuss beschließt Annahme dieses Änderungsantrages mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Die **Vorsitzende**: Im fünften Änderungsantrag geht es um den Verlustabzug bei der Tarifiermäßigung für Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft. Wer stimmt dafür? Das sind Union, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und AfD. Wer stimmt dagegen? Niemand. Enthaltungen? Die Linke. Dann hat der Ausschuss für Sport und Ehrenamt auch diesen Änderungsantrag mit großer Mehrheit angenommen.

Der Ausschuss beschließt Annahme mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD, SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion Die Linke.

Die **Vorsitzende**: Im sechsten Änderungsantrag geht es um Betriebsveranstaltungen. Wer stimmt dafür? Das sind alle Fraktionen bis auf die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich? Die AfD-Fraktion.

Der Ausschuss beschließt Annahme dieses Änderungsantrages mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke bei Enthaltung der Fraktion der AfD.

Die **Vorsitzende**: Im siebten Änderungsantrag geht es um die Durchschnittssatzgrenze im Umsatzsteuergesetz. Wer stimmt dafür? Das sind alle, außer Die Linke. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich? Die Linke.

Der Ausschuss beschließt Annahme dieses Änderungsantrages mit den Stimmen Fraktionen CDU/CSU, AfD, SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion Die Linke.

Die **Vorsitzende**: Im achten Änderungsantrag geht es um die Gemeinnützigkeit des E-Sport. Wer stimmt dafür? Das sind alle Fraktionen bis auf die

AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich? Die AfD-Fraktion.

Der Ausschuss beschließt Annahme dieses Änderungsantrages mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke bei Enthaltung der Fraktion der AfD.

Die **Vorsitzende**: Im neunten Änderungsantrag geht es um die Klarstellung der Sphärenregelung bei der Freigrenze des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs. Wer stimmt dafür? Das sind alle Fraktionen. Ich frage trotzdem, Gegenstimmen, Enthaltungen? Sind nicht da.

Der Ausschuss beschließt einstimmig Annahme dieses Änderungsantrages.

Die **Vorsitzende**: Im zehnten Änderungsantrag geht es um die Erhöhung der Freigrenze bei sportlichen Veranstaltungen. Wer stimmt dafür? Das sind alle bis auf Die Linke. Wer ist dagegen? Niemand. Eine Enthaltung Der Linken.

Der Ausschuss beschließt Annahme dieses Änderungsantrages mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD, SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion Die Linke.

Die **Vorsitzende**: Im elften Änderungsantrag geht es um Anhörungen nach § 91 der Abgabenordnung. Wer stimmt dafür? Das sind alle bis auf die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? Die AfD-Fraktion. Enthaltungen? Keine.

Der Ausschuss beschließt Annahme dieses Änderungsantrages mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Die **Vorsitzende**: Und wir sind schon beim zwölften Änderungsantrag. Da geht es um eine Übergangsregelung zu § 64, Abs. 3 der Abgabenordnung. Wer stimmt dafür? Das sind die Union, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich? Das ist die AfD-Fraktion und die Fraktion Die Linke.

Der Ausschuss beschließt Annahme dieses Änderungsantrages mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktionen AfD und Die Linke.



Die **Vorsitzende**: Wir sind jetzt durch mit den Änderungsanträgen und ich rufe jetzt die Abstimmung über den soeben geänderten Gesetzentwurf der Bundesregierung auf, BT-Drs. 21/1974 auf. Wer stimmt dafür? Das ist die Union, die SPD und die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? Das ist die Fraktion Die Linke.

Der Ausschuss beschließt Annahme des Gesetzentwurfes auf BT-Drs. 21/1974 in geänderter Fassung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion Die Linke.

Die **Vorsitzende**: Die Unterrichtung auf BT-Drs. 21/2470 können wir zur Kenntnis nehmen. Habe ich da Widerspruch? Nein, sehe ich nicht.

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung auf BT-Drs. 21/2470 zur Kenntnis.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 3 und rufe Tagesordnungspunkt 4 auf.

Tagesordnungspunkt 4

Verschiedenes

Die **Vorsitzende**: Gibt es Wortmeldungen zu Verschiedenes? Das sehe ich nicht. Es haben offenbar alle noch zu tun. Dann schließe ich die 13. Sitzung des Ausschusses für Sport und Ehrenamt. Die nächste Öffentliche Sitzung des Ausschusses findet statt am Mittwoch, 17. Dezember, voraussichtlich wieder gegen 15:30 Uhr im Anschluss an die Regierungsbefragung des Bundeskanzlers. Wir planen, mit der NADA und dem Bundesverwaltungsamt über den Antidopingbericht 2024 und über aktuelle Themen der Dopingbekämpfung zu sprechen, und wir planen ein Gespräch mit der Stiftung Deutsche Sporthilfe. Jetzt entlasse ich Sie und wünsche allen noch einen arbeitsreichen Abend. Vielen Dank.

Schluss der Sitzung: 17:45 Uhr

Aydan Özoğuz, MdB
Vorsitzende